Bezugspreis für Dezember durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Die Erzählerin" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr 2148 2149 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen Berlin SW 48. Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe 2 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel, und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg. für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg. aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg. bei Vorzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Vorzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 40 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe — Donnerstag, den 1. Dezember 1927 — 76. Jahrgang. Nr. 1236

Frankreichs Außenpolitik.

Eine Rede Briands in der Kammer.

w **Paris**, 30. Nov. (Tel.) Im Verlauf der Generaldiskussion in der Kammer über das Budget für Auswärtige Angelegenheiten ergriff auch Briand das Wort. Er führte u. a. aus: Es gibt viele Leute, die den Krieg für unvermeidlich halten. Ich bin anderer Ansicht, denn ich habe Vertrauen zum Völkerbund. Briand betonte, es sei unrichtig, wenn man sage, daß Frankreich für die Abrüstung noch nichts getan habe. Die Tonnage der französischen Kriegsmarine, die 1914 882 500 Tonnen betrug, sei 1927 auf 465 000 Tonnen gefallen. Das Heer hatte 1914 eine Stärke von 990 000 Mann, 1925 zählte es nur 675 000 Mann und bei der Durchführung der Neuorganisation, die in Vorbereitung ist, wird es 450 000 Mann stark sein. Frankreich sei sogar bereit, mehr zu tun, wenn seine Sicherheitsbedingungen gewährleistet seien. Außerdem billige Frankreich ein, die Militärzeit auf 18 Monate und ein Jahr zu beschränken. Briand sprach seine Befriedigung aus, über die durch den Völkerbund sowie durch die Abmachungen von Locarno und die loyale Mitarbeit der Deutschen erzielten Ergebnisse. Auf die litauisch-polnische Angelegenheit übergehend, betonte Briand, es sei nicht sicher, daß das Eingreifen der Sowjets geeignet gewesen sei, die Schwierigkeiten zu verringern. Es wäre klüger gewesen, wenn man dem Völkerbund die Lösung der Schwierigkeiten überlassen hätte. Briand lobte alsdann die Loyalität der deutschen Staatsmänner in Genf und hob hervor, daß in Locarno der Vertreter Deutschlands dem Vertreter Frankreichs anvertraut habe, er habe das Gefühl, daß er nicht gerade eine Lebensversicherung dort abschließe. Das habe ihn, Briand, stark beeindruckt, denn er habe hierbei an Rathenau und an Erzberger gedacht. Zum französisch-südslawischen Vertrag legte Briand dar, daß man sich zuerst bemüht habe, einen Vertrag zu dreien zu schaffen, daß dies aber an der Haltung Italiens gescheitert sei. Italien, das müsse er zugeben, zeige nicht immer freundschaftliche Rücksicht, aber deshalb brauche man den Kopf nicht zu verlieren. Die französische Regierung sei jedem Vorschlage zugetan, der auf Verständigung und Schiedsgerichtsbarkeit abziele und Frankreich und Italien einander näher bringen könne. In Italien sei man nicht für den Krieg. Selbst wenn ein Ereignis eintreten würde, das beide Länder aneinander geraten ließe, würde dies eine solche Mißbilligung auflösen, daß ein Konflikt unmöglich werde. Der französisch-südslawische Vertrag sei hervorgegangen aus der von Frankreich verfolgten Friedenspolitik, und man war dabei, nur den Anregungen des Völkerbundes zu folgen. Nichts sei in dem Vertrag vernachlässigt worden, damit Frankreich nicht gegen seinen Willen in einen Konflikt hineingezogen werden könne. Briand endigte, indem er erklärte, er habe die feste Hoffnung, daß die bevorstehende Tagung des Völkerbundes die Wolken verscheuchen werde, die am politischen Himmel aufgezogen seien, und daß hierdurch der Friede konsolidiert werde.

Briands Rede wurde oftmals durch lebhaften Beifall des gesamten Hauses aufgenommen. Nach Schluß der Rede drückte Poincaré Briand die Hand.

Die Rheinlandfrage im Auswärtigen Ausschuß der französischen Kammer.

‡ **Paris** 30. Nov. (Tel.) Im Auswärtigen Ausschuß der französischen Kammer entspann sich heute zunächst eine Debatte über den französisch-jugoslawischen Vertrag. Der Radikalsozialist Montigny, ein früherer Mitarbeiter Caillaux', brachte die Debatte auf die Rheinlandfrage. Er betonte, daß sich die französische Rheinlandpolitik darüber zu entscheiden habe, ob die Fristen für die Rheinlandräumung noch nicht zu laufen begonnen hätten, was einer Nichträumung der Rheinlande nach § 935 gleichkäme oder ob es nicht an der Zeit sei, schon jetzt mit Deutschland über neue Sicherheitsgarantien zu verhandeln, bevor die Räumung Tatsache geworden sei. Keine Regierung könnte aber dafür die Verantwortung übernehmen, daß die Räumungstermine noch nicht zu laufen begonnen hätten. Die radikal-sozialistische Partei verwerfe ganz entschieden die Politik Tardieus, die unter dem Zeichen stände: „Nicht reden und nicht handeln." Frankreich müsse endlich zwischen Genf und Versailles wählen. Poincaré griff in die Debatte ein und stellte fest, daß in Genf stets die Respektierung des Friedensvertrages von Versailles betont worden sei. Somit bestände zwischen Genf und Versailles kein Widerspruch. Briand seinerseits wies nochmals darauf hin, daß er stets im Einvernehmen mit dem gesamten Kabinett vorgegangen sei. Montigny unterstrich noch einmal die Notwendigkeit, alles zu tun, um Deutschland auf dem Wege des Friedens zu halten.

Deutsch-amerikanische Freundschaft

w **Newyork**, 30. Nov. (Tel.) Bei der heute abend hier veranstalteten Feier des 150. Jahrestages der Landung Steubens in Amerika, hielt der amerikanische Botschafter Shurman eine mit reichem historischen Material ausgestattete Rede, in der er den deutschen Offizier Friedrich Wilhelm von Steuben, der im Alter von 47 Jahren in den Dienst der amerikanischen Unabhängigkeits-Bewegung trat, als amerikanischen Helden feierte. Sein Name, so erklärte der Botschafter, steht auf unserer nationalen Ehrentafel. Er gehört nicht einem Teil des amerikanischen Volkes, sondern der Nation in ihrer Gesamtheit an. Wir Amerikaner alle sind die Hüter von Steubens Ruhm, und ich hege die Hoffnung und die Zuversicht, daß, wenn die 200jährige Feier im Jahre 1977 abgehalten wird, das amerikanische Volk als Ganzes daran teilnehmen wird, ohne Rücksicht auf seine europäischen Ursprungländer. Anknüpfend an die Verdienste Steubens, würdigte Shurman in ausführlichen Darlegungen den Anteil des deutschen Elements an dem Werden und Wachsen der Vereinigten Staaten, und er kam auf die heutigen Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland zu sprechen. Das heutige Deutschland, so erklärte er, hat den alten Ausdruck beibehalten, aber es ist eine Republik durch und durch, ja noch demokratischer als die unsrige. Es war ein unschätzbares Geschenk für das deutsche Volk, daß in dieser Zeit des politischen Überganges ihm als höchster Beamter ein Mann, wie der Präsident von Hindenburg beschieden wurde. Er ist der Washington Deutschlands, der Erste im Krieg, der Erste im Frieden, und der Erste im Herzen seiner Landsleute. Noch nie in der ganzen Geschichte waren die politischen Einrichtungen und die internationalen Ideale der Vereinigten Staaten so vollständig im Einklang, wie sie es heute sind. Auch in bezug auf soziale Ziele und Ideale marschieren das amerikanische und das deutsche Volk in weitgehender Übereinstimmung. Die beiden Völker haben auf diesem Gebiete viel voneinander zu lernen und Amerika nicht am wenigsten von Deutschland. Zum Schluß gab der Botschafter seinem Wunsch nach ständiger ungetrübter Freundschaft zwischen den beiden Völkern Ausdruck. Der Krieg, der uns eine Zeitlang trennte, so erklärte er, gehört der Vergangenheit an und die infolge des Krieges entstandenen Stimmungen sind schon ein Anachronismus. Warum sollten nicht die beiden Völker unter der Ägide ihrer demokratischen Staatsformen miteinander im Frieden, Freundschaft und Eintracht leben, bis zum Anbruch der halbtausendjährigen Steubenfeier, ja des 1000-jährigen Reiches selber? Das ist ein aufs innigste zu wünschendes Ziel und ich weiß, daß es der aufrichtige Wunsch des ganzen amerikanischen Volkes ist. Ich glaube auch, daß eine ähnliche Gesinnung im deutschen Volke herrscht.

Keine Aenderung des Finanzausgleichs.

Die erste Beratung des Besoldungsgesetzes erledigt.

vdz **Berlin**, 30. Nov. (Tel.)

Im weiteren Verlaufe der Sitzung des Haushaltsausschusses erläuterte Ministerialdirektor Zarden die Frage der Bezirke und der Abgrenzung der Landesfinanzämter. Auf ein Finanzamt kämen rund 63 000 Einwohner, in Preußen 79 000, in Bayern 34 000. Die Änderung der Bezirke sei auch eine Bauaufgabe, denn es müßten Gebäude geschaffen werden. Der Redner setzte dann die Aufgaben der einzelnen Beamtenkategorien auseinander. Die Hilfsarbeiten sind außerordentlich groß, das zeige z. B. die Tatsache, daß wir 479 Millionen Steuerrückstände hätten, die natürlich viel Schreiberei erforderten. Dazu komme die Belastung mit den umfangreichen Statistiken. In den Gruppen bevorzuge man aus praktischen Gründen das Hilfsarbeiterverfahren. Dem Gruppenleiter müßten sich die anderen Beamten, auch die Regierungsräte, unterordnen. Es kämen noch viel zu viel Sachen an die Zentralinstanz. Bei der beschränkten Zahl der Stellen schwämmen manche Buch- und Betriebsprüfer wieder in die Industrie ab. Abg. Schmidt-Stettin (DN) erläutert eine Resolution, die von fast allen Parteien unterstützt wird, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Ausschuß eine Nachweisung über die Zahl der Abteilungen, der besonderen Gruppen usw. in den Büros der Zoll- und Steuerdirektionen, bei den Landesfinanzämtern und den Oberpostdirektionen vorzunehmen. Abg. Dr. Quaatz (DN) empfahl statt des Gruppensystems das Dezernentensystem mit möglichst großer Selbständigkeit. Ministerialdirektor Zarden erklärte, das Gruppensystem könne gewiß im Laufe der Jahre vermindert werden, zur Zeit sei es nicht möglich. Die Resolution Schmidt-Stettin wird genehmigt.

Die Beratung wendet sich den Überleitungsvermerken und allgemeinen Vorschriften für den Übertritt aus einer Besoldungsgruppe in eine andere zu. Ministerialdirektor Dr. Lotholz erklärt, die Reichsregierung habe sich davon überzeugt, daß gewisse Befürchtungen in personalpolitischer Hinsicht nicht von der Hand zu weisen sind. Die Regierung bäte daher, einen Antrag Steinkopf (Soz.) anzunehmen, den § 22 Abs. 1 zu streichen. Abg. Steinkopf (Soz.) zieht den Antrag zurück. Abg. Morath (D. V.) bittet, über diesen Vorgang die Ansicht des Reichsfinanzministers einzuholen. Dazu erklärte Ministerialdirektor Lotholz, er habe seine Ausführungen im Namen des Finanzministers gemacht, bittet deshalb, den Antrag wiederaufzunehmen. Schließlich wurden die Überleitungsbestimmungen mit unwesentlichen Änderungen bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten genehmigt, ebenso ohne Aussprache die Besoldungsordnung B (Einzelgehälter) und C (Heer und Marine).

Zum Wohnungsgeldzuschuß lag ein Antrag der Regierungsparteien auf Erhöhung vor, den ein Regierungsvertreter als nicht ratbar bezeichnete. Daraufhin schlug Abg. Brüninghaus (D. V.) vor, die Regierung möge in zweiter Lesung einen anderen Weg zeigen. Die Entscheidung darüber wurde zurückgestellt.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler legte dar, daß nach Meinungen in verschiedenen Ressorts der § 22 finanziell und beamtenpolitisch außerordentlich starke und bedenkliche Auswirkungen habe. Sächsischer Ministerialdirektor von Sichart verteidigt die Fassung des Reichsrats. In der Abstimmung werden sämtliche Anträge zum § 22 und schließlich auch die Fassungen des Reichsrats und der Regierungsvorlage abgelehnt. Beim § 7 wird auf Antrag der Regierungsparteien das Besoldungsdienstalter beim Übertritt aus einer Besoldungsgruppe in die andere für verschiedene Gruppen geändert. Ferner soll den am 30. September 1927 im Amt befindlichen planmäßigen Beamten aus dem Stande der Versorgungsanwärter neben der bereits angerechneten Dienstzeit noch die im Heere, in der Marine oder in der Schutzpolizei oder im Dienste des Reichswasserschutzes vom Beginne des 14. bis zum Ende des 19. Dienstjahres den noch nicht planmäßig Angestellten vom Beginne des 16. bis zum Ende 19. Dienstjahres zur Hälfte angerechnet werden.

§ 34 lautet: Änderungen der in diesem Gesetz vorgesehenen Amtsbezeichnungen erfolgen durch den Reichspräsidenten. § 34 wurde angenommen.

§ 39a ist vom Reichsrat eingefügt und fordert eine Verbesserung des Finanzausgleichs um 5 Prozent zugunsten der Länder. Preußischer Ministerialdirektor Weyhe und sächsischer Ministerialdirektor von Sichart fordern Annahme dieses § 39a.. Ministerialdirektor Lotholz verweist darauf, daß schon bei Beginn der Beratung dieser Vorlage der Finanzminister aus innen- und außenpolitischen Gründen erklärt habe, daß eine Änderung des Reichsfinanzausgleichs zugunsten der Länder wegen der Vorlage nicht tragbar sei. Nach längerer Aussprache wird § 39a abgelehnt.

Eine längere Aussprache entspinnt sich über die Arbeits- und Dienstzeit sowie den Urlaub der Beamten an Hand verschiedener sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge, die eine gesetzliche Festlegung dieser Zeiten fordern. Die Regierungsparteien vertreten den Standpunkt, daß diese Frage nicht in die Besoldungsordnung gehöre. Der Antrag auf Schaffung eines solchen neuen § 34a wird abgelehnt.

Damit ist die erste Beratung des Gesetzes erledigt. Die zweite Lesung wird für Montag in Aussicht genommen.

Litwinow verlangt Auflösung sämtlicher Armeen.

♂ **Genf** 30. November. (Tel.)

Bei Beginn der Geschäftsordnungsdebatte legte als Erster der Führer der sowjetrussischen Delegation, Litwinow, die programmatische Erklärung der Sowjetregierung zu dem Abrüstungsproblem vor, in der diese u. a. die Auflösung sämtlicher bestehenden Armeen, sämtlicher Flotten, die Vernichtung sämtlicher Waffen und Munition und aller übrigen Kriegsmittel, die Zerstörung aller militärischen Gebäude und Kriegsflugzeuge, die Aufhebung der allgemeinen Dienstpflicht, das Verbot der Ausbildung militärischer Reserven, die Schleifung der Festungen und Seestützpunkte, die Zerstörung aller Waffenfabriken, Aufhebung der Kriegsministerien, das Verbot jeder Art von kriegerischer Propaganda, sowie ein Gesetz, das Zuwiderhandlungen gegen diese Verbote unter Strafe stellt, verlangt. In seiner Erklärung betonte Litwinow, daß die Delegation Sowjetrußlands im Besitze sämtlicher Vollmachten sei, um dieses Abrüstungsprogramm vorschlagen zu können. Das von der Sowjetregierung vorgeschlagene Programm könne in kürzester Frist durchgeführt werden. Ferner unterstrich er, daß der Ansicht der Sowjetregierung nach, der vorgeschlagene Plan der zweckentsprechendste sei, um den Frieden sicherzustellen. Die Sowjetregierung habe die Einladung zur Teilnahme an der gegenwärtigen Tagung der Abrüstungs-Kommission angenommen, um Klarheit darüber zu schaffen, welche kapitalistischen Regierungen ehrlich den Frieden wollen.

Sodann ging er dazu über, an den bisher getroffenen Abmaßnahmen scharfe Kritik zu üben. Er behauptete, daß seit Ende des Weltkrieges die militärischen Rüstungen der kapitalistischen Länder sich ständig erhöht hätten und daß man nirgends auch nur teilweise Durchführung der übernommenen Abrüstungsverpflichtungen feststellen könne. Auch der Völkerbund habe bisher keinerlei praktische Maßnahmen zur Abrüstung ergriffen. So sei das Datum für den Beginn der Abrüstungs-Konferenz immer wieder hinausgeschoben worden und die Abrüstungs-Kommission habe bisher lediglich eine Reihe fruchtloser Debatten über die Abrüstung geführt. Man müsse berechtigte Zweifel haben, ob die Abrüstung denn auch wirklich angestrebt werde. Insbesondere wandte er sich dann dagegen, daß die Abrüstung von einer Definierung des sogenannten „potentiel de guerre" abhängig gemacht würde, da hierdurch die Großmächte nur einen Vorwand erhielten, um ihren gegenwärtigen Rüstungsstand aufrecht zu erhalten.

Er betonte sodann, daß die Sowjetregierung im Gegensatz zu diesem Verhalten der kapitalistischen Mächte ständig das Bestreben gehabt habe, die Frage der Abrüstung praktisch zu lösen. Man habe jedoch bei allen möglichen Gelegenheiten die Sowjetregierung nicht dabei haben wollen, so z. B. bei der Washingtoner Flottenabrüstungs-Konferenz. Auf der Konferenz von Genua habe man ein Abrüstungsprojekt der Sowjetunion abgelehnt, eine Konferenz der baltischen Randstaaten im Dezember 1922 habe man verhindert. Aus diesem Grunde habe die Sowjetregierung nunmehr ihr umfassendes Programm für eine vollständige Abrüstung vorgelegt und den entsprechenden Resolutionsentwurf für die Durchführung der Abrüstung eingebracht.

Für den Fall der Ablehnung des umfassenden russischen Antrages brachte Litwinow alsdann einen anderen Antrag der Sowjetregierung ein, der eine völlige Abrüstung allmählich im Laufe von vier Jahren vorsieht, aber die Durchführung der ersten Etappe dieser Abrüstung bereits für das erste Jahr der Gültigkeit der Konvention verlangt. Litwinow ging endlich dazu über, die von der Sowjetregierung gebrachten Anträge zu verteidigen und wandte sich dagegen, daß diese als undurchführbar bezeichnet werden können. Die russische Delegation sei sich zwar dessen bewußt, daß ihr Abrüstungsprogramm keineswegs den Interessen der kapitalistischen Großmächte entspreche. Wenn man aber von dem Gegensatz zwischen den großen und kleinen Mächten und dem Wunsch der Großmächte, die kleineren Staaten zu unterdrücken, absehe, so sei das Programm der Sowjetregierung leicht durchzuführen. Die Abrüstung bleibe eine Utopie, wenn sie von den Bedingungen abhängig gemacht werde, die die Abrüstungskommission vorgesehen habe. Ein Abrüstungsprogramm, das den Ausbau von Sicherheiten, internationale Sicherheitsabkommen und Bündnis-Verpflichtungen auf gegenseitige Hilfe vorsehe, sei völlig undurchführbar. Die Sowjet-Delegation sei überzeugt, daß man bis in alle Unendlichkeit über die Abrüstungsfrage debattieren würde, wenn die gegenwärtige Basis der Abrüstungsfrage nicht abgeändert werde. Unterdessen müsse man feststellen, daß die Gefahr einer Krise akut sei und eine Bedrohung des Friedens vorhanden sei. Die Sowjetregierung sei der Ansicht, daß die beste Garantie für die Sicherheit völlige Abrüstung sei. Den Vorwurf, daß die Sowjetregierung mit ihren Vorschlägen nur Propaganda treibe, nehme sie gern in Kauf. Die Sowjetregierung habe stets Propaganda getrieben und wenn es verboten würde, Propaganda für den Frieden zu machen, sei sei es nicht verständlich, zu welchem Zwecke man in Genf zusammengekommen sei. Vor kurzem habe sich im Osten Europas die Gefahr eines Krieges gezeigt. Daraufhin habe die Sowjetregierung sowohl in Polen wie auch in Litauen geraten, nichts zu tun, was den Ausbruch eines Krieges herbeiführen könne. Die Sowjetregierung habe somit alles in ihren Kräften stehende getan, um den Ausbruch dieses Krieges zu verhindern.

Hierauf wurde die Verhandlung auf nachmittags 4 Uhr vertagt. Präsident Louden stellte in seinem Schlußwort fest, daß zwischen der Auffassung der sowjetrussischen Delegation und der Abrüstungs-Kommission kein Gegensatz des Zieles, sondern nur ein solcher der Methode bestehe.

Die russischen Abrüstungsvorschläge vertagt.

tu **Genf**, 30. Nov. Die heutige Nachmittagssitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission trug einen ausschließlich geschäftsordnungsmäßige Charakter. Graf Bernstorff beantragte, die Diskussion über die russischen Anträge auf die nächste Tagung der Abrüstungskommission zu verschieben. Litwinow erklärte sich mit diesem Antrage des Grafen Bernstorff einverstanden, stellte jedoch ausdrücklich fest, daß die Anträge der sowjetrussischen Delegation weder angenommen noch abgelehnt seien, sondern lediglich auf der nächsten Tagung ohne einen neuen Antrag der Sowjetregierung vor der Kommission zur Erörterung gelangen würden. Graf Bernstorff beantragte ferner, daß auf der gegenwärtigen Tagung bereits das Datum für die zweite Lesung des Konventionsentwurfes festgesetzt und diese Tagung mindestens einen Monat vor der nächsten Ratstagung des Völkerbundes stattfinden sollte. Auf dieser Tagung sollen gleichfalls dann die russischen Anträge zur Erörterung gelangen. Diesen Anträgen des Grafen Bernstorff stimmten die Vertreter der Tschechoslowakei, Griechenland und Argentinien zu, worauf dann die Anträge angenommen wurden. Die Kommission schritt sofort zur Bildung des Sicherheitsausschusses.

Die Konstituierung des Sicherheits-Komitees.

w **Genf**, 30. Nov. (Tel.) Der vorbereitende Abrüstungsausschuß hat am Schluß seiner Nachmittagssitzung eine Entschließung angenommen, durch die das von der letzten Völkerbundsversammlung vorgeschlagene Sicherheitskomitee eingesetzt wird. Entsprechend einem von Frankreich, Jugoslawien, Japan und Schweden eingebrachten Antrag hat der Ausschuß darauf verzichtet, dem Sicherheitskomitee ein besonderes Arbeitsprogramm zu geben und lediglich beschlossen, ihm für die Aufnahme seiner Arbeiten die entsprechenden Entschließungen der letzten Bundesversammlung und des Rates, sowie das Sitzungsprotokoll des Abrüstungsausschusses der letzten Völkerbunds-Versammlung zu unterbreiten. Das Sicherheitskomitee, dessen Mitglieder von den beteiligten Regierungen alsbald bekannt gegeben werden sollen, erhält das Recht, für seine Beratungen besonders qualifizierte Persönlichkeiten zeitweise hinzuziehen. Präsident Loudon richtete an die Vereinigten Staaten die Bitte, sich entsprechend dem russischen Beispiel, ebenfalls durch einen Beobachter vertreten zu lassen. Gesandter Wilson versprach, diesen Wunsch seiner Regierung zu übermitteln. Das Sicherheitskomitee tritt Donnerstag vormittag zu seiner ersten Sitzung zusammen und wird zunächst seinen Präsidenten und Vizepräsidenten wählen.

Die Abstimmung über das neue Studentenrecht.

‡ **Berlin**, 30. Nov. Von der Abstimmung über die Verordnung des preußischen Kultusministers vom 23. September über das neue Studentenrecht, die heute an den preußischen Hochschulen stattfand oder abgeschlossen wurde, liegen nachstehende Ergebnisse vor:

An der Universität Münster stimmten von 3158 Stimmberechtigten 902 mit Ja, 72 mit Nein, ungültig waren 13 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 31 Prozent. Die Verordnung gilt hier als abgelehnt, da sich nicht die Hälfte der Stimmberechtigten an der Stimmabgabe beteiligte.

In der Technischen Hochschule Hannover lauteten bei einer Wahlbeteiligung von 81,39 Prozent von 1513 abgegebenen Stimmen 1337 mit Nein, 167 Ja, neun Stimmen waren ungültig.

In der Tierärztlichen Hochschule Hannover lauteten bei einer Wahlbeteiligung von 94,2 Prozent von 212 abgegebenen Stimmen 204 mit Nein, vier Ja. Vier Stimmen waren ungültig.

An der Forstakademie in Hann.-Münden stimmten von 129 Wahlberechtigten 112 mit Nein und einer mit Ja.

Von den 86 wahlberechtigten Studierenden der Medizinischen Akademie in Düsseldorf waren 26 für die Bildung einer Studentenschaft gemäß der Verordnung des Ministers, 46 dagegen.

An der Universität Köln wurden 2800 Stimmen abgegeben, was einer Wahlbeteiligung von 57 Prozent entspricht. 2200 Stimmen lauteten auf Nein, 563 Stimmen auf Ja und 37 waren ungültig.

Universität Bonn: 998 für Annahme, für Ablehnung 172 Stimmen.

Technische Hochschule Aachen bei 41 Prozent Wahlbeteiligung abgelehnt worden.

An der Universität Frankfurt wurden bei einer Wahlbeteiligung von etwa 53 Prozent insgesamt 1553 Stimmen abgegeben, von denen 1101 auf Nein, 420 auf Ja lauteten und 32 ungültig waren.

Universität Berlin: Wahlbeteiligung 80 Prozent. Für Annahme 2575, für Ablehnung 4461.

Techn. Hochschule und Bergakademie Charlottenburg: Wahlbeteiligung 88 Prozent. Für Annahme 541, für Ablehnung 2775.

Handelshochschule Berlin: Wahlbeteiligung 64,9 Prozent. Für Annahme 260 für Ablehnung 864.

Tierärztliche Hochschule Berlin: Wahlbeteiligung 88,5 Prozent. Für Annahme 6, für Ablehnung 199.

Landw. Hochschule Berlin: Wahlbeteiligung 73 Prozent. Für Annahme 19, für Ablehnung 343.

An der Universität Halle-Wittenberg wurde bei einer Wahlbeteiligung von 74,6 Prozent von 2173 Stimmberechtigten 1622 Stimmen abgegeben. Davon lauteten 1513 auf Nein, 98 auf Ja, 11 waren ungültig.

In der Bergakademie Klausthal betrug die Wahlbeteiligung bei der Abstimmung am 23. d. M. 80 Prozent. Das Ergebnis lautete: 291 Stimmen Nein, drei Stimmen Ja.

An der Kieler Universität betrug die Zahl der Wahlberechtigten 1572, abgegeben wurden 1251 Stimmen, davon 1554 mit Nein und 187 mit Ja.

Forsthochschule Eberswalde: Wahlbeteiligung 84,8 Prozent. Für Annahme keine Stimme, Ablehnung 67 Stimmen.

An der Universität Greifswald wurden von 1195 Stimmberechtigten 872 Stimmen abgegeben, 55 waren für, 815 gegen das neue Studentenrecht.

In der katholisch-theologischen Akademie Braunsberg 36 Stimmberechtigte, 34 abgegebene Stimmen gleich 94 Prozent, eine Nein, 33 Ja.

In der Königsberger Universität lauteten bei einer Wahlbeteiligung von 67 Prozent von 1435 abgegebenen Stimmen 1255 Nein, 168 Ja, 12 Stimmen waren ungültig.

In der Handelshochschule Königsberg 445 Stimmberechtigte, 341 abgegebene Stimmen, gleich 77 Prozent, 284 Nein, 53 Ja, vier ungültig.

Bei der Abstimmung in der Technischen Hochschule in Breslau wurden 101 Stimmen für und 555 Stimmen gegen den Erlaß abgegeben. Wahlberechtigt waren insgesamt 829 Studierende. Bei der Abstimmung an der Friedrich-Wilhelms-Universität wurden 691 Stimmen für und 1740 Stimmen gegen den Erlaß abgegeben. Die Wahlbeteiligung betrug 75 Prozent.

Die Danziger Studentenschaft und die Frage der Selbstverwaltung.

w **Danzig**, 30. Nov. (Tel.) Die Danziger Studentenschaft hat zu der Frage der Selbstverwaltung der Deutschen Studentenschaft eine Entschließung angenommen, in der einleitend darauf hingewiesen wird, daß die Notwendigkeit, die Technische Hochschule in Danzig deutsch zu erhalten zu der Annahme des Volksbürgerprinzips von seiten der Deutschen Studentenschaft als Grundlage ihrer Zusammensetzung geführt habe. Die Deutsche Studentenschaft Danzig erblickt in der Verordnung des preußischen Kultusministers einen ungewöhnlichen Eingriff in das Wesen der akademischen Freiheit und sieht darin den Versuch, die Deutsche Studentenschaft von den jeweils herrschenden Parteien abhängig zu machen. Der Vorstand der Deutschen Studentenschaft Danzigs werde daher die in der Verordnung enthaltenen Bestrebungen auf das schärfste bekämpfen.

Verwaltungsrat der Reichsbahn.

w **Berlin**, 30. Nov. (Tel.) Auf einer vom 28. bis 30. November in Berlin abgehaltenen Tagung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft stand die finanzielle Lage der Gesellschaft für das Jahr 1928 im Vordergrund der Beratung. Das hierüber ausgegebene Communiqué ergibt folgendes Bild: Gegenüber den Ausgaben von 1927 sind für das kommende Geschäftsjahr Mehrausgaben von insgesamt 283 Millionen RM zu berücksichtigen. Eine neue Besoldungsordnung für die Reichsbahnbeamten konnte angesichts des Standes der Reichstagsverhandlungen noch nicht aufgestellt werden. Der Prozentanteil der Personalausgaben ist gegenüber dem Jahre 1913 von 44,16 Prozent auf 77,19 Prozent gestiegen. Die sachlichen Ausgaben sind für die verschiedenen Materialien um 44 bis 67 Prozent gestiegen. Demgegenüber haben sich die Verkehrseinnahmen im Durchschnitt für den Personenkilometer um 22 Prozent und für den Güterkilometer um 30 Prozent erhöht. Unter diesen Umständen hat sich die Hauptverwaltung darauf beschränken müssen, vorläufig für das Geschäftsjahr 1928 einen Voranschlag als Versuch aufzustellen, bei dem trotz der erheblichen Mehrlasten die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden. Bei der Erneuerung des Materials ist auf das noch tragbare Mindestmaß zurückgegangen worden.

Der Verwaltungsrat hat die Stellung der Hauptverwaltung gebilligt. Ob es gelingt, der Wirtschaft eine Tariferhöhung zu ersparen, läßt sich heute nicht überblicken. Bei der gegebenen Sachlage sind die auf Kapitalkonto zu verbuchenden Ausgaben für werbende Anlagen auf ein denkbar bescheidenes Maß zurückgeschnitten worden, und auch in diesem beschränkten Umfange sind sie abhängig von der Beschaffung des Kapitals.

Seit Gründung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat sich der Wert der Anlagen durch Zugang von etwa 1000 Millionen erhöht. An neuem Kapital und an neuen Kreditmitteln sind hierfür nur etwa 450 Millionen Mark aufgenommen worden.

In Übereinstimmung mit dem technischen Ausschuß ist der Verwaltungsrat zu der Auffassung gekommen, daß heute schon Verkehrsengpässe auf der Strecke Köln-Düsseldorf-Dormund vorhanden sind, die der Erweiterung bedürfen. Für diese Zwecke sind im laufenden Geschäftsjahr 19 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Doch sind darüber hinaus weitere sehr große Mittel für den Ausbau dieses Gebietes erforderlich. Die Kosten des Gesamtprogramms werden etwa 300 Millionen Mark betragen. Nach vollendetem Ausbau wird die Leistungsfähigkeit gegenüber dem heutigen Zustand auf der Strecke Köln—Duisburg—Dormund auf mehr als das Doppelte gesteigert sein, worüber genaue Angaben gemacht werden. Der Bau einer besonderen Schnellbahn würde weder in finanzieller noch in betriebstechnischer Beziehung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft eine wesentliche Erleichterung geben. Der überwiegend größte Teil des Verkehrs müßte auch dann ausschließlich von der Reichsbahn bewältigt werden. Die Absichten der Reichsbahn im einzelnen werden in kürzester Zeit bekannt gegeben.

Ältestenrat des Reichstages.

vdz **Berlin**, 30. Nov. (Tel.) Der Ältestenrat des Reichstages beschloß, daß von morgen, Donnerstag, bis Samstag, die Interpellationen über die Wirtschaftspolitik behandelt werden sollen, wozu zunächst der Reichswirtschaftsminister und der Reichsarbeitsminister das Wort ergreifen werden. In der Aussprache wird voraussichtlich auch der Reichsfinanzminister sprechen. Von Montag ab wird das Plenum sich mit den Interpellationen über die Aussperrung der Zigarrenarbeiter beschäftigen und den Bericht des Ausschusses für die Untersuchungen der Ruhrentschädigungen besprechen. Danach soll die zweite Beratung der Besoldungsvorlage in Angriff genommen werden. Ob es schon am Ende der nächsten Woche dazu kommen kann, steht noch dahin. Die Besoldungsvorlage soll auf jeden Fall so gefördert werden, daß die Auszahlung der erhöhten Gehälter noch vor Weihnachten erfolgen kann. Wann die erste Lesung des Haushaltsplanes für 1928 stattfinden kann, darüber ist heute im Ältestenrat noch nicht gesprochen worden, da diese Angelegenheit zunächst von der Erledigung des Etats im Reichsrat abhängt. Ferner beschäftigte sich der Ältestenrat mit der Anregung, die der Reichstagspräsident Loebe gelegentlich des Städtetages in Magdeburg dahin gegeben hat, daß ein kommunalpolitischer Ausschuß des Reichstages eingesetzt werden möge. Es waren jedoch die Meldungen sehr geteilt darüber, ob die Interessen der Städte in einem besonderen Ausschuß des Reichstages besser gewahrt erscheinen, als wenn die Organisationen der Kommunen in freier Aussprache mit den bestehenden Ausschüssen Gesetzentwürfe beraten, die die Kommunen betreffen. Um diese Frage zu klären, soll eine Besprechung des Reichstagspräsidenten mit dem Vorsitzenden der vier großen kommunalen Organisationen Deutschlands stattfinden. Endlich beschloß der Ältestenrat, die weitere Beteiligung des Reichstages an den internationalen parlamentarischen Handels-Konferenzen, von deren die nächste in Paris und die übernächste in Berlin stattfinden soll.

Bildungsausschuß.

vdz **Berlin**, 30. Nov. (Tel.) Der Bildungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch weiter mit den Erfordernissen des Antragsrechtes und des geordneten Schulbetriebes. Abg. Biester (Soz.) bekämpfte die Schaffung von Zwergschulen. Abg. Philipp (DN.) sah für die großen Städte keine Gefahr, da dort immer mehrklassige Schulen geschaffen werden können. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes machte sodann die gestern vom Ausschuß verlangten Angaben über die Lage der Minderheiten in Deutschland. Im Laufe der weiteren Besprechung verwies Abg. Rheinländer (Ztr.) auf die Erfolge der einklassigen Schule, es komme mehr auf Charaktererziehung an. Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) kündigte einen Antrag zur Klärung des Begriffes „geordneter Schulbetrieb" an, der die Einzelheiten den Ländern überläßt. Gegen Privatschulen der Minderheiten hatte sie Bedenken. Abg. Philipp (DN.) fragte nach dem Schicksal kleiner Restschulen, wenn die Antragsschulen den größeren Teil der Schüler übernehmen. Abg. Frau Matz (DVP.) begründete einen Antrag, der die gegenwärtige Höhe schulischer Entwicklung in der einzelnen Gemeinde erhalten will.

Sitzung des Reichskabinetts.

w **Berlin**, 30. Nov. (Tel.) **Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung neben innerpolitischen Angelegenheiten mit der bevorstehenden Tagung des Völkerbundsrates in Genf und nahm hierüber einen Vortrag des Reichsministers des Äußern entgegen.**

Wir erfahren weiter, daß sich das Reichskabinett mit dem Briefe Brauns an Marx über das Kardell-Telegramm noch nicht befaßt hat. Die innerpolitischen Angelegenheiten, die in der obigen Sitzung behandelt wurden, betreffen die morgen beginnenden Reichstagsverhandlungen, bei denen bekanntlich Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zu den Interpellationen über die Wirtschaftspolitik das Wort ergreifen werden.

Deutsches Reich

Der preußische Zentrumsabgeordnete Dr. Hager gestorben.

tu **Berlin**, 30. Nov. Am Mittwoch morgen erlag das Mitglied der preußischen Zentrumsfraktion Dr. Hager plötzlich einem Herzschlag. Der Verstorbene gehörte seit 1913 ununterbrochen dem preußischen Parlament an und war auch Mitglied des Vorstandes der Zentrumspartei.

Neue Verhandlungen mit Schacht.

b **Berlin**, 30. Nov. (Tel.) Wie die „Vossische Zeitung" hört, haben zwischen Dr. Schacht und dem Präsidenten des Städtetages, Muhlert, Besprechungen stattgefunden, bei denen der Reichsbankpräsident eine neue Interpretation seines Standpunktes gab. In den allernächsten Tagen, vielleicht schon morgen, soll eine Aussprache mit einer Reihe von Vertretern der Städte stattfinden, an der außer dem Berliner Oberbürgermeister auch Dr. Jarres aus Duisburg teilnehmen soll.

Zur preußischen Besoldungsvorlage.

vdz **Berlin**, 30. Nov. (Tel.) Gegenüber Meldungen über den Gang der Verhandlungen im Reichstage zur Besoldungsvorlage, wonach die Erledigung der Vorlage für die Beamten sich noch weiter hinauszuzögern scheine, sind, wie VDZ. erfährt, die preußischen Koalitionsparteien dahin übereingekommen, die preußische Besoldungsvorlage unter allen Umständen so rechtzeitig zu verabschieden, daß sich ihre Auswirkungen noch vor Weihnachten vollziehen können. Das liege, so wird dazu bemerkt, sowohl im Interesse der Beamten, als auch im Interesse der Wirtschaft und nicht zuletzt im Interesse des Staates.

Aus aller Welt.

Das deutsch-polnische Holzabkommen unterzeichnet.

tu **Warschau**, 30. Nov. (Tel.) Heute mittag ist in Warschau das deutsch-polnische Holzabkommen unterzeichnet worden, durch das von polnischer Seite die Befreiung von der Erhöhung der Abgabe bei der Ausfuhr von Rundholz aus Polen gewährt worden ist. Als Kompensation wurde von deutscher Seite ein Kontingent auf die Einfuhr polnischen Schnittholzes in Höhe von 100 000 Kubikmetern monatlich gewährt. Das Abkommen tritt aus technischen Gründen erst am 5. Dezember in Kraft.

Das Holzabkommen ist begleitet von einem Tarifabkommen, durch das einerseits eine gewisse Gleichmäßigkeit der Holztarife auf der deutschen und polnischen Eisenbahn gesichert werden soll, andererseits eine entsprechende Relation in den Tarifen für Rundholz und Schnittholz gewährleistet wird. Auf diese Weise soll verhindert werden, daß durch eine etwaige ungleichmäßige Erhöhung der Tarife für Rundholz und Schnittholz der Charakter des Abkommens verändert werden könnte. Des weiteren ist ein Abkommen über die Gewährung gewisser Warenkontingente (Automobile, chemische Glasröhren, Uhren, Fahrräder u. a.) getroffen worden, dessen genaue Zahlen ebenfalls schon feststehen, aber noch nicht bekanntgegeben worden sind. Schließlich ist in bezug auf die polnischen Maximalzölle bei den Verhandlungen ein Übereinkommen erzielt worden. Es wurden die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um das Inkrafttreten dieser Maximalzölle während der Dauer der Verhandlungen zu verhindern.

Wie ferner mitgeteilt wird, wird der Leiter der deutschen Handelsvertrags-Delegation, Dr. Hermes, am Freitag, dem 2. Dezember, in Warschau eintreffen, und am Freitag nachmittag die erste Besprechung mit dem Leiter der polnischen Delegation haben.

Eine neue Waldemaras-Note an den Völkerbund.

tu **Kowno**, 30. Nov. (Tel.) Wie der nach Kowno entsandte Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union meldet, hat Waldemaras eine weitere Ergänzungsnote an den Völkerbund gerichtet, in der entgegen polnischen Behauptungen festgestellt wird, daß keine Desertierungen in der litauischen Armee vorgekommen sind. Wenn Polen von einer Massenflucht litauischer Soldaten nach Polen spreche, so sei Litauen gezwungen, sein Militär zu konzentrieren, denn die Vermutung liege nahe, daß man in Polen Banden gegen Litauen organisiere.

Kurze Nachrichten.

In der Privatbeleidigungsklage des Hauptlehrers und Landtagsabgeordneten Julius Streicher gegen den Oberbürgermeister Dr. Luppe in Nürnberg wurde Dr. Luppe wegen Beleidigung zu 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Dr. Luppe hat in einer demokratischen Versammlung in Dessau am 28. Oktober in Bezug auf Streicher sich dahin geäußert: „Nun sitzt dieser völkische Verleumder hinter Schloß und Riegel."

Aus der Stadt.

Münster, 1. Dezember.

Üble Folgen einer Kneiperei. In angeheiterter Stimmung waren die beiden Brüder T. laut singend und gröhlend nachts gegen 12 Uhr durch die Stadt gezogen. Straßenweit war ihr Treiben zu hören. In der Nähe des Landeshauses wurden sie von einem Polizeibeamten in Zivil gestellt. Dieser, der sich als Polizeibeamter legitimierte, ermahnte sie in wohlwollender Weise zur Ruhe. Dieses Entgegenkommen des Beamten quittierten die Brüder T. törichterweise damit, daß sie ihm allerlei beleidigende Ausdrücke wie „Du Dreckfack, dämlicher Bauer" und ähnliche Worte an den Kopf warfen. Das Amtsgericht sühnte diese Heldentaten damit, daß es beiden Brüdern wegen Erregung ruhestörenden Lärms eine Geldstrafe von je 10 Mark, ferner wegen Beamtenbeleidigung eine weitere Geldstrafe von je 20 Mark auferlegte. Im Nichtbeitreibungsfalle sollen sie evtl. einen Tag Haft und zwei Tage Gefängnis verbüßen. Außerdem erhielt der beleidigte Beamte die Befugnis, das Urteil soweit es wegen Beleidigung ergangen war, auf Kosten der Angeklagten öffentlich bekannt zu machen. Die Verurteilten nahmen die Strafe an.

Brand. In der Nacht zum Mittwoch brannte auf einem Lagerplatz an der Herwarthstraße eine Baubude ab. Durch das schnelle Eingreifen der Feuerwehr konnte ein größerer Schaden verhütet werden.

Der neue Reichshaushalt.

Wie bereits bekannt geworden, ist seit einigen Tagen der Haushaltsplan für das Jahr 1928 fertiggestellt. Trotz des Bekanntwerdens dieser Tatsache zeigte sich die Linkspresse mehr oder minder stark erregt und warf der jetzigen Koalition zu langsames Arbeiten und Versagen vor großen Aufgaben vor. Es überraschte deshalb allgemein, als vor einigen Tagen ein Interview mit Reichsfinanzminister Dr. Köhler über den Etat in großen Zügen bekannt wurde. Noch mehr als diese Tatsache mußte der Inhalt dieses Interviews überraschen, denn der Etat Köhlers schließt ohne Fehlbetrag ab und in dem Haushaltsgesetz für 1928 ist keine neue Anleiheermächtigung vorgesehen. Ja, sogar zeigt der Haushaltsplan den festen Willen, die Anleiheermächtigung der Jahre 1926 und 1927 durch besondere Tilgung zu ermäßigen.

Dieses überraschende Ergebnis ist dadurch möglich geworden, daß im ordentlichen Etat vor allem die Verwaltungsausgaben auf Grund eingehender Einzelprüfung bis zum äußerst Möglichen gedrosselt worden sind.

Der Gesamthaushalt für 1928 schließt mit 9 502 Millionen ab gegenüber 9 135 Millionen im Vorjahre, also mit einer Mehr von 367 Millionen. Die Mehrbelastung aus dem Dawesabkommen für den Reichsetat 1928 beträgt im Verhältnis zum Vorjahre im ganzen etwa 4000 Millionen, also erreicht der Gesamtmehrbedarf des Etats noch nicht einmal die volle Höhe des zwangsläufigen Mehrbedarfs für die Reparationsleistungen.

Dieses befriedigende Ergebnis dürfe noch höher zu werten sein wenn man bedenkt, daß in dem Ausgabebedarf bereits der voraussichtliche Mehrbedarf des neuen Besoldungsgesetzes, das zur Zeit im Reichstag zur Beratung steht, sowie die Ausgaben für die Durchführung des künftigen Liquidationsschädengesetzes eingerechnet sind.

Der außerordentliche Haushalt beträgt 146 Millionen, die in dem Gesamtbetrag von 9 502 Millionen enthalten sind. Es ist also möglich, die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts ohne neue Inanspruchnahme des Anleihemarktes zu decken.

Der ordentliche Haushalt schließt mithin mit einem Ergebnis von 9 356 Millionen ab gegenüber 8 659 Millionen im Jahre 1927.

Der Netto-Haushalt, d. h. der Haushalt nach Abzug der Überweisungen an die Länder in Höhe von 3 218 Millionen stellt sich für 1928 auf 6 138 Millionen, während derjenige des verflossenen Jahres 5 766 Millionen betrug. Bei diesem Mehr ist wiederum die oben genannte zwangsläufige Mehrausgabe für die Reparationen in Betracht zu ziehen, so daß der reine Netto-Haushalt ohne Reparationen für das kommende Jahr niedriger ist als der des Vorjahres.

Die Ueberweisungen an die Länder haben sich gegenüber 1927 um 325 Millionen vermehrt, dadurch, daß die Einnahmen aus den Ueberweisungssteuern und den anderen den Ländern nach Abzug der Verwaltungskosten zukommenden Steuern höher eingestellt sind. Ferner ist zu berücksichtigen, daß bei einem Vergleich mit 1927 nur das jetzige Haushalts-Soll zugrunde gelegt ist, während sich die tatsächlichen Mehrausgaben für 1927, die in einem Nachtragsetat noch erscheinen, wesentlich erhöhen.

Diese Verringerung aller Ausgaben ist dadurch erreicht worden, daß der Bedarf aller Reichsressorts im allgemeinen unter die für das Rechnungsjahr 1927 zur Verfügung gestellten Beträge gesenkt worden ist.

Es ist besonders interessant, aus den Äußerungen des Ministers zu hören, daß der Haushalt des Reichswehrministeriums trotz des Mehrbedarfs an Gehältern und Löhnen in seinem Gesamtabschluß keinerlei Erhöhungen erfahren hat, sondern auf der Höhe des Bedarf von 1927 gehalten ist. Diese Tatsache ist die beste Antwort auf die ewigen Vorwürfe der Sozialdemokratie, wonach die jetzige Regierung bestrebt sei, die Reichswehr heimlich immer weiter auszubauen.

Um den oben erwähnten Nachtragshaushalt für 1927, der insbesondere die Mehrausgaben für Beamtenbesoldung und Liquidationsschädigungen enthält, zu decken, werden die Mehreinnahmen aus den Steuern des laufenden Jahres genügen. Es steht fest nach dem Oktoberabschluß, daß mit einem Gesamtmehraufkommen von etwa 350 Millionen bestimmt gerechnet werden kann. Daneben wird auf der Ausgabe seite noch eine Reihe sehr ins Gewicht fallender Ersparnisse erzielt werden können, insbesondere infolge der durch die günstige Gestaltung des Arbeitsmarktes erzielten Ersparnisse der Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge. Diese Ersparnisse werden den Nachtragshaushalt für 1927 einmal vollständig decken, sodann ward noch ein Ueberschuß von etwa 160 Millionen bleiben, der zur Deckung der Gesamtausgaben des Haushalts für 1928 herangezogen wird. Es ist sogar möglich, daß auch dann noch ein Überschuß bleibt. Dieser soll dann zur Verminderung des Anleihebedarfs der Jahre 1926 und 1927 verwendet werden.

Dieser Anleihebedarf beträgt heute immer noch 914 Millionen, eine Tatsache, die beunruhigend wirken könnte. Reichsfinanzminister Köhler hat, um diesem andauernden Weitergleiten ein Ende zu machen, scharf durchgegriffen durch die umfassende Einschränkung des Extraordinariums. Es muß beachtet werden, daß Köhler in diesem Punkte es verstanden hat, den richtigen Weg aus der äußerst schwierigen Situation zu finden. Die unbedingt notwendigen Ausgaben des außerordentlichen Haushalts (z. B. Schiffsbauten) sind in den ordentlichen Haushalt übernommen worden und die weiterhin verbliebenen außerordentlichen Ausgaben, die nicht unbedingt dringend waren, zu einem großen Teil gedrosselt. Es ist dabei bis an die Grenze gegangen, die zwischen öffentlicher Sparsamkeit und Arbeitsmarktforderungen liegen.

Durch diese geschickte Balanzierung ist somit ein weiteres Anschwellen des Anleihebedarfs vermieden worden. Der Reichsfinanzminister hat für die Haushaltspolitik den gesunden privatwirtschaftlichen Grundsatz aufgestellt und verfolgt, daß Ausgaben nur in dem Umfange gemacht werden sollen, wie sie auch tatsächlich gedeckt werden können. Das ist eine bemerkenswerte Änderung der Ansicht gegenüber früher. Noch im vergangenen Jahre hat man die außerord. Ausgaben im Reichstag und in der Reichsregierung ausdrücklich auf den Weg der Anleihe verwiesen und glaubte, damit das Problem gelöst zu haben. Aber die Entwicklung des Kapitalmarktes zeigte, daß dieser Weg auf die Dauer nicht gangbar sei, und es ist erfreulich, die Tatsache feststellen zu können, daß Köhlers Finanzpolitik hier wieder den Weg der normalen Haushaltsführung zurückfand.

Der Anleihebedarf für 1926 und 1927 ist auf 1½ Milliarden RM. festgesetzt worden. Durch die Februar-Anleihe dieses Jahres ist davon etwa über ½ Milliarde gedeckt worden Es bleibt also noch ein ungedeckter Betrag von 900 Millionen. Um diesen zu decken, vermied Dr. Köhler den bequemen Weg einer Reichsanleihe, da er von einer solchen eine ungünstige Auswirkung auf den Kapitalmarkt fürchten mußte. Aus diesem Grunde sind die Ausgaben für den außerordentlichen Haushalt in dem oben erwähnten Maße zusammen gestrichen worden.

Zu diesem Sparprogramm hinzu nahm Dr Köhler auch noch die schwierige Aufgabe der Abdeckung des alten Anleihebedarfs auf sich Er hat im Haushaltsgesetz für 1928 vorgesehen, daß zunächst der Rest des Betriebsmittelfonds in Höhe von etwa 68 Millionen zur Abdeckung des alten Anleihebedarfs verwendet wird, wodurch sich dieser auf 852 Millionen vermindert. Darüber hinaus werden Maßnahmen getroffen, daß der Gesamtbetrag der außerordentlichen Ausgaben der früheren Jahre nicht vollständig im Jahre 1928 anfällt, sondern bereits auf das vergangene Jahr verteilt wird. Die Beträge, die 1928 zu verausgaben sind und nicht durch die Kassenbestände vorläufig gedeckt werden können, werden durch Begebung von Schatzwechseln gedeckt werden. Köhlers Finanzpolitik erstrebt hier unter allen Umständen jede irgend mögliche Verminderung und Erleichterung des durch den alten Anleihebedarf geschaffenen Druckes, eine Politik, die für eine gesunde Haushaltsführung und Stabilhaltung der Währung grundlegend ist.

In seinem Interview kam der Reichsfinanzminister auch auf die in der Presse wiederholt erörterte Forderung auf Ermäßigung der öffentlichen Ausgaben zu sprechen. Er führte aus, daß die Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben im Etat für 1928 mit 8692 Millionen veranschlagt werden. Das bedeutet gegenüber dem Haushalts-Soll für 1927 ein Mehraufkommen von 942 Millionen. Die Besitz- und Verkehrssteuern sind auf zusammen 6066 Millionen, die Zölle und Verbrauchsabgaben auf 2632 Millionen geschätzt. Bemerkenswert ist bei der Schätzung der Zölle, deren Ertrag für 1928 mit 1050 Millionen eingesetzt ist, daß dieser Betrag erheblich hinter dem voraussichtlichen Ist-Aufkommen für 1927 zurückbleibt. Es handelt sich hier um den hohen Betrag von 150 Millionen. Dieser hohe Betrag ist angesetzt, um die Auswirkungen einer Senkung der Zölle durch die Handelsverträge und durch die Ermäßigung gewisser autonomer Zollsätze in Rechnung zu ziehen. Auch bei der Veranschlagung der Einkommensteuer ist auf die bekannten Gesetzesvorlagen, nach denen eine Senkung der Einkommensteuer erfolgen muß, bereits Rücksicht genommen worden. Der Reichsfinanzminister erklärt, daß die Schätzungen mit der größten Vorsicht und ohne übertriebenen Optimismus, vorgenommen worden seien, was aus seinen zahlenmäßigen Belegen hinlänglich bewiesen ist.

Der neue Haushaltsplan zeigt, wie man aus alledem ersehen kann, im Gegensatz zu den früheren Haushaltsplänen eine erfreuliche Klarheit und Durchsichtigkeit. Zum ersten Male ist dem Haushaltsplan eine Liste der bei den übertragbaren Ausgabeposten am Schluß des Jahres 1926 verbliebenen Ausgabereste beigegeben. Dadurch wird der Reichstag künftig in die Lage versetzt, die bisher so dunkle Frage der übertragbaren Ausgaben eingehend zu prüfen. Durch die Veröffentlichung der übertragbaren Ausgaben wird nun vermieden, daß die einzelnen Behörden die Reste für wenig dringende Zwecke verwenden — ein nicht zu unterschätzendes Moment im allgemeinen Sparprogramm!

Wenn man ein Resümee aus den Ausführungen Köhlers zieht, dann kann man der Befriedigung über die Politik des Reichsfinanzministeriums Ausdruck geben. Dr. Köhler hat nun Schluß mit der Schuldenpolitik gemacht. Er hat nicht nur keine Reichsanleihe für das Jahr 1928 und keine neuen Anleiheermächtigungen vorgesehen, sondern er hat sogar die Anleiheermächtigungen früherer Jahre ermäßigt und hat dazu auf der anderen Seite bereits die erheblichen Einnahmeausfälle durch die Steuer- und Zollsenkungen berechnet. Einzig und allein die starke Ausgabendrosselung, bei deren Durchführung er noch auf die dringenden Forderungen des Arbeitsmarktes volle Rücksicht nahm, stand ihm als Mittel zur Durchführung seines Programms zur Verfügung. Wenn er danach erklären kann: „Der Reichsetat für 1928 schließt ohne Fehlbetrag ab und ist jedenfalls gesund", dann kann man einer uneingeschränkten Genugtuung über die Sparpolitik des Reichsfinanzministers Ausdruck geben. Möge er nun jetzt aber auch die notwendige Unterstützung durch den Reichstag finden, damit die Reichsfinanzen aus den schwierigen Verhältnissen der letzten Jahre zum Nutzen des Ganzen herausgebracht werden können.

Aus der Provinz.

Hiltrup, 29 Nov. (Ein schlechter Freund.) Der Schneidergeselle H. W. wandte sich an seinen Freund mit der Bitte, ihm sein Fahrrad zu leihen. Er gab an, er wolle sich eben aus einer in der Nähe liegenden Wirtschaft Zigaretten holen. Der Freund erfüllte den Wunsch. W. hatte aber gar nicht die Absicht, das Rad zurückzubringen; er wollte es vielmehr haben, um damit nach Hamburg zu fahren. Das führte er auch aus. In Hamburg verkaufte er das Fahrrad. Der noch nicht vorbestrafte jugendliche Täter wurde wegen Betruges mit 100 Mark oder 10 Tagen Gefängnis bestraft.

Greven, 29. Nov. (Der gemeinnützige Bauverein) veranstaltet am Sonntag nachmittag im kleinen Benninghoffschen Saale eine Versammlung für Mitglieder, Baulustige, Unternehmer, Handwerker und andere Interessenten und hat dazu insbesondere auch den Arbeiterverein eingeladen. In der Versammlung werden der Düsseldorfer Architekt, Regierungsbaumeister a. D. Spiegel, über neuzeitliches Bauen, Dr. Brecht von der Westfälischen Bauvereinsbank über Zwecksparen für den Wohnungsbau Vorträge halten.

Senden, 29. Nov. (Eine Ortsgruppe im Reichsverbande Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener) wurde hier gestern gegründet, nachdem der 1. Gauvorsitzende Knäpper-Münster, einen Vortrag über die zeitige Kriegsopferversorgung und Organisationsfragen gehalten. In den Vorstand wurden gewählt die Herren: Balster als Vorsitzender, Kliepe als Kassierer, Mollers als Schriftführer, Witwe Palz als Beisitzerin.

Lüdinghausen, 30. Nov. (Der Vorstand des Bezirksverbandes Münster-Südost der freiw. Sanitätskolonne) hielt hier eine Sitzung ab. Vertreten waren die Kolonnen: Münster, Ahlen, Warendorf, Hessen, Bockum, Radbod, Ibbenbüren und Lüdinghausen. Der Bezirksvorsitzende Paul-Münster gedachte des Hinscheidens zweier um das Rote Kreuz sich hochverdienter Mitglieder, des Geheimrats Cludius-Münster und des Vorsitzenden des Wohlfahrtsausschusses des Reichsverbandes, Herrn Proffen. Die Versammlung ehrte die Verstorbenen in üblicher Weise. Die weitere Tagesordnung über den Ausbau des Kolonnenwesens beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Tätigkeit des neu eingerichteten Postens des Bezirkskolonnenführers, sowie mit der Winterarbeit in den Kolonnen. Die Sanitätskolonne Lüdinghausen übernimmt einen Kursus zur Ausbildung in der ersten Hilfe bei Unglücksfällen für Berufsgenossenschaften. Im Anschluß daran findet eine Besichtigung der Kolonne statt. Die Versammlung beschäftigte sich sodann mit den Neueinrichtungen des gesamten Sanitätswesens.

Bork, 30. Nov. (Der Kirchenvorstand) beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit den umfangreichen Instandsetzungsarbeiten an und in der hiesigen Kirche. Da die Arbeiten keinen Aufschub mehr zulassen, beschloß der Kirchenvorstand die Aufnahme einer Anleihe von 20 000 Mk., welche zum Teil bei der Borkener Spar- und Darlehnskasse, oder bei der Lüdinghauser Kreissparkasse gegen Verzinsung und jährliche Amortisation, zum andern Teil bei den Pfarreingesessenen gegen Schuldverschreibungen von je 50 Mk. bei jährlicher Verzinsung und Rückzahlung nach Maßgabe jährlicher Auslosung der Schuldverschreibungen angeliehen werden soll.

Aus dem Kreise Tecklenburg, 30. Nov. (Die Mütterberatung und Sprechstunden zur Bekämpfung der Tuberkulose) werden im Dezember abgehalten am 1. Dez. in Bienen, am 5. Dez. in Ibbenbüren, am 7. Dez. in Hohne, am 8. Dez. in Kattenvenne, am 12. Dez. in Tecklenburg, am 14. Dez. in Lengerich, am 15. Dez. in Brochterbeck, am 19. Dez. in Lebbe, am 19. Dez. auch im Stift Leeden, am 21. Dez. in Laddergen, am 22. Dez. in Laggenbeck, am 28. Dez. in Püsselbüren, am 21. Dez. in Westerkappeln, am 30. Dez. in Mettingen. Um 2,30 Uhr beginnen die Mütterberatungsstellen und anschließend die Tuberkulosesprechstunden, nur in Leeden beginnen die betreffenden Stunden erst um 4 Uhr.

Bochum, 29. Nov. (Festnahme von schweren Jungen und Auffindung ihrer Beute.) Der hiesigen Kriminalpolizei ist die Festnahme mehrerer schwerer Jungen geglückt. Diese hatten seit einiger Zeit in Bochum eine ganze Reihe von Schaufenstereinbrüchen verübt und auch kürzlich in einem Pelzwarengeschäft Pelze im Werte von mehreren tausend Mark gestohlen. Nunmehr ist es gelungen, auch diese wieder herbeizuschaffen. Sie waren bereits nach auswärts gebracht worden.

Wehringdorf, 29. Nov. (Ein Schwindler als Holzhändler.) Hier und in anderen Orten des Kreises Herford wurden mehrere Landwirte von einem „Holzhändler" arg geprellt. Der Schwindler trat als Vertreter eines großen industriellen Unternehmens auf und machte umfangreiche Holzkäufe. So „kaufte" er beispielsweise bei einem Landwirt einen Waldbestand für 15 000 Mark. Meistens hatte er dann nur Verwertung für die Stämme und erklärte die Äste gern billig abstoßen zu wollen. Er erzielte bei diesem „Verkauf" dann Beträge von mehreren hundert Mark, die er sich in Anbetracht der billigen Preise sofort auszahlen ließ, während er selbst das Holz überhaupt noch nicht bezahlt hatte. Sobald ihm sein Schwindelmanöver geglückt war, verschwand er. In einem Falle versuchte er sogar, die noch nicht bezahlten Stämme durch einen Fuhrmann zur Bahn fahren zu lassen. Doch hatte der Besitzer noch schnell Wind bekommen. Der Schwindler aber war bereits über alle Berge.

Aus dem Emslande.

Meppen, 29. Nov. (Die städtischen Körperschaften) verhandelten heute in gemeinschaftlicher Sitzung über den Bau eines neuen Hauses an der Herzog-Arenbergstraße. Da die jetzigen Diensträume für das hiesige Landratsamt nicht mehr ausreichen, die Errichtung eines Kreishauses aber wegen der Höhe der Kosten nicht durchführbar ist, beabsichtigt der Kreis, das an der Obergerichtsstraße belegene, zur Zeit vom Steuerrat Willems bewohnte zweistöckige städtische Gebäude anzumieten. Um nun für den Steuerrat Willems wieder eine Wohnung zu schaffen, will die Stadt auf einem der städtischen Sparkasse gehörigen Baugelände an der Herzog-Arenbergstraße ein neues Haus errichten. Die Baugelder hierfür sollen einem der Stadt von der Stadtschaft Hannover zur Verfügung gestellten Anleihekapital entnommen werden, einen Teil wird der Kreis hergeben. Nach den hierzu gemachten Ausführungen des Bürgermeisters dürfte dabei ein Risiko der Stadt nicht in Frage kommen. Nach längerer Debatte, in der auch von einigen Seiten gewisse Bedenken gegen den Plan geäußert wurden, wurde auf Antrag des Bürgermeisters mit erheblicher Stimmenmehrheit folgender Beschluß gefaßt. „Die Kollegien erklären sich mit dem Bau des neuen Hauses an der Herzog-Arenbergstraße einverstanden. Das bisher vom Steuerrat Willems bewohnte alte Haus an der Obergerichtsstraße wird an den Kreis auf 10 Jahre vermietet. Dem Kreise wird ein Vorkaufsrecht auf das alte Haus eingeräumt, auch ist die Stadt eventuell bereit, dieses schon jetzt für einen angemessenen Betrag an den Kreis zu verkaufen." Im weiteren wurden die bereits bei einem verhältnismäßig niedrigen Wasserstande des öfteren eintretenden Überflutungen von Grundstücken in den städtischen Weiden und von Armenländereien zur Sprache gebracht, wogegen unbedingt etwas unternommen werden müßte. Der Bürgermeister will in der Sache die erforderlichen Schritte tun.

Meppen, 29. Nov. (Aus der heutigen gemeinsamen Sitzung der städt. Körperschaften.) Auf ihrem krümmungsreichen Lauf im Südwesten der Stadt hat, wie alljährlich, das Hochwasser der Ems sein stilles, fortdauerndes Zerstörungswerk verrichtet, indem es auf dem flachen linken Ufer Triebsand anschwemmte, auf dem steileren rechten Ufer die Schutzdämme zerriß und die dahinter liegenden Aecker durchwühlte. Im laufenden Jahre ist der an den Weiden und Feldern, den sog. Armenländereien, verursachte Schaden besonders groß. Der Vorsitzende, Bürgermeister Brunn-Schulte-Wising versprach auf Anregung eines Bürgervorstehers, im Benehmen mit den Eigentumsberechtigten und mit den Unterhaltungspflichtigen für Instandsetzung und Wiederaufhöhung der Schutzwehren zu sorgen. — Die der Kreisverwaltung vorbehaltene Abteilung im „Obergerichtsgebäude", in welchem sich auch die Büroräume der Gerichtsbehörden befinden, ist für den Geschäftsbetrieb des Landratsamtes zu klein geworden. Da die 200 000 bis 300 000 Mk. erfordernde Errichtung eines besonderen Kreishauses in absehbarer Zeit nicht in Frage kommt, hat der Vorsitzende des Kreisausschusses um mietweise Ueberlassung des in der Obergerichtsstraße günstig gelegenen städtischen Hauses gebeten. Der Kreis verpflichtet sich, für dieses Haus die Unterhaltungs- und Tilgungskosten zu tragen, und will der Stadt als Gegenleistung zur Errichtung eines teilweise aus Mitteln der Stadtschaft Hannover finanzierten Wohnhauses an der Herzog-Arenbergstraße eine Hauszinssteuerhypothek im Betrage von 4000 Mk. zur Verfügung stellen. Die Kollegien stimmten diesem Vorschlage einmütig zu und ermächtigten den Magistrat nach seinem Antrage, dem Kreise das städt. Haus Obergerichtsstr. Nr. 13 auf vorläufig zehn Jahre zu vermieten. Die Jahresmiete wird etwa 1500 Mk. betragen. Falls vorbehaltlich späterer Genehmigung der von der Stadt anzubietende Verkauf zustande kommt, dann soll der Verkaufspreis bei sofortiger Uebereignung 35 000 Mk betragen. Erfolgt der Kauf später, dann soll der Preis nach dem Zeitwerte des Hauses bestimmt werden.

Ein Personenauto vom Zuge überfahren.

w **Osnabrück**, 30. Nov. **Heute nachmittag überfuhr ein Personenzug der Strecke Osnabrück—Bielefeld an einer schrankenlosen Straßenüberführung bei Borgholzhausen das Personenauto des dortigen Arztes. Dieser, der allein im Auto saß, wurde getötet und das Auto vollkommen zertrümmert. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.**

≠ Ist eine Freiballon-Moorlandung gefährlich?

Die am 27. November veranstaltete Fuchsballonjagd mit fünf Ballonen der Luftfahrtvereinigung Münster fand ihr Ende am Rande des großen Bourtanger Moores.

Während „Münster VIII, VII und V" die Landung auf mehr oder weniger festem und trockenem Boden bewerkstelligten, mußte Fräulein Hessing mit „Münster VI" sich etwas weiter in das Moor hineintragen lassen. Auf einer trockenen Wiese im Moor wurde eine Zwischenlandung vorgenommen. Es war beabsichtigt, am nächsten Morgen die Fahrt fortzusetzen, da fast kein Bodenwind herrschte. Der Ballon wurde nun durch einige Einwohner etwa 2 Klm. nach Georgsdorf gezogen, dort durch Sandsäcke belastet und verankert. Am Ballon wurde mit den Einwohnern ein lustiges Biwak bezogen. Leider drehte allmählich der Wind nach SW. Als gegen 21 Uhr heftige Böen einsetzten, entschloß sich die Führerin schweren Herzens, den Ballon aufzureißen, um das kostbare Gerät nicht zu gefährden. Der Ballon wurde bei m Morgengrauen verpackt und trat mit den anderen vier Verfolgern im selben Wagen die Rückreise an.

Die zahlreichen Anfragen am Montag nach dem Schicksal des Ballons „Münster VI" lassen vermuten, daß eine Moorlandung als ein großes Unglück angesehen wird. Diese Ansicht ist unzutreffend. Jeder Freiballonführer wird mit absoluter Sicherheit Moorland erkennen. Muß er aus irgend einem Grunde im Moor oder in dessen Nähe landen, wird er niemals vor oder gleich nach der Landung aufreißen und dadurch den Ballon unbeweglich machen. Er wird erst feststellen ob der Boden trägt und ob Abtransportmöglichkeit vorhanden ist.

In fast allen Fällen läßt sich der tief schwebende Ballon dorthin bringen, wo die Bedingungen für eine gute Landung gegeben sind. Die Moore bei Lingen sind für Menschen zudem überall gangbar. Nur Pferde und Wagen finden im Herbst und Winter keinen tragfähigen Untergrund. Es besteht somit keine Gefahr, wenn ein Frei

Aus den Nachbar-Provinzen.

✠ **Elberfeld**, 29. Nov. (Schwerer Verkehrsunfall.) Durch den Leichtsinn zweier Radfahrer, die in äußerst schneller Fahrt die abschüssige Kißbahn heruntersausten, wurde ein schwerer Verkehrsunfall verursacht. An der Ecke der Rathenaustraße kreuzte im gleichen Augenblick ein Lieferwagen einer Elberfelder Firma die Straße. Nur durch schärfstes Ausbiegen vermied der Wagenführer ein Überfahren der beiden Radfahrer, das Auto geriet dabei auf den Bürgersteig, brach eine Vorderachse und fuhr noch in ein Schaufenster des Tetzschen Warenhauses. Dabei wurde eine vor dem Schaufenster stehende Frau durch das Fenster geschleudert. Die Frau, der Wagenführer und der mitfahrende Besitzer des Lieferwagens wurden schwer verletzt.

Kirchliches.

Die Vorbereitungen für den Internationalen Eucharistischen Kongreß in Sydney.

⊕ **Paris**, Ende November 1927.

In der letzten Novemberwoche fand hier unter dem Vorsitz des Präsidenten Bischof Heylen-Namur die große Jahresversammlung des Permanenten Komitees für die Internationalen Eucharistischen Kongresse statt. Der Versammlungssaal in der Rue des Saints Pères vermochte die große Zahl der herbeigeeilten Mitglieder kaum zu fassen. Die verschiedensten Nationen waren vertreten u. a. Frankreich, Belgien, Holland, Spanien, Polen, Böhmen, Ungarn. Zur großen Freude aller war nach dem Weltkrieg zum ersten Male auch ein Vertreter Deutschlands in der Person des Universitätsprofessors Dr. Donders-Münster erschienen. An hervorragenden Mitgliedern des Komitees waren anwesend: der Sekretär Graf Janville, der Schatzmeister Kanonikus Schmitz, Msgr. Prinz de Croy, Graf de Reneste-Breidbach, Fürst Sapieha, Msgr. Cras, Kanonikus Bootsma, P. van Dyk, Graf Rubeaucourt, Baron Livois, Marquis de Zahara, P. die Lorenzo, Kanonikus Ermann, Msgr. Lamy, Abt von Tongeren, Hr. Briffaut, Msgr. Debout-Couet, Burggraf Davignon, Msgr. Hanus, Msgr. Lamerant, François Veniliot, Fürst Dathyang, Burggraf de Curel usw.

Zu Beginn der Beratungen wurde an den Hl. Vater ein Huldigungstelegramm gesandt. Darauf wurden eingehend die Vorbereitungen für den für das nächste Jahr anstehenden Kongreß in Sydney in Australien besprochen. Die Verhandlungen ließen erkennen, daß auch dieser Kongreß voraussichtlich einen eindrucksvollen Verlauf nehmen wird. Eine große Sakramentsprozession wird vom Priesterseminar ihren Ausgang nehmen, sich zum Hafen bewegen, dort sich auf eine Dampferflottille begeben, an der Küste der Stadt vorbeifahren und dann wieder in die Stadt einziehen. Mindestens 500 Dampfer werden sich an der Huldigungsfahrt für das hl. Sakrament beteiligen. Wie der Sekretär mitteilte, liegen bereits für die Eucharistischen Kongresse der kommenden Jahre aus acht Bistümern Anmeldungen vor. Dies sind Karthago, Funchal, Barcelona, Santiago de Chile, Buenos Aires, Dublin, Brüssel und Budapest. Der erste Kongreß nach Sydney wird in Karthago abgehalten.

Der letzte Teil der Sitzung galt einer herzlichen Ehrung des verdienten Präsidenten, des Bischofs Heylen-Namur aus Anlaß seines kürzlich gefeierten silbernen Jubiläums als Vorsitzender des Komitees. Graf Janville überreichte ihm ein kostbares Geschenk in Gestalt eines herrlichen Kelches mit einer Patene. Der eigentliche Kelch ist Gold, der übrige Teil silbervergoldet. Am Fuße sind kunstvolle Gravuren der Heiligen, welche sich durch besondere Verehrung des hl. Altarsakraments ausgezeichnet haben, des hl. Norbertus, Thomas, Paschalis Baylon usw. Auch sonst zeigt der Kelch reiche Verzierungen mit Symbolen der hl. Eucharistie. Die Rückseite der Patene trägt in Silbergravierung das letzte Abendmahl von Rubens.

Der massive Knauf des Kelches besteht in sinniger Anordnung aus einer Weltkugel, auf welcher durch kleine Diamanten die Städte des Erdenrundes bezeichnet sind, in welchem bisher Internationale Eucharistische Kongresse stattgefunden haben. Bischof Heylen dankte in bewegten Worten für das kostbare Angebinde und die herzliche Ehrung.

Das Komitee beschloß, die Kirchenfürsten, die bisher vom Hl. Vater als Legat zu den Kongressen entsandt worden sind, zu Ehrenmitgliedern zu ernennen. Das Hauptthema für die Verhandlungen des Kongresses in Sydney lautet: Die hl. Eucharistie und die Gottesmutter Maria. Vierzehn Mitglieder des Permanenten Komitees haben sich bereits entschlossen, die weite Reise zum Kongreß nach Sydney anzutreten.

Handel und Volkswirtschaft.

Düsseldorfer Kurenbörse.

tu **Düsseldorf**, 30. Nov. (Tel.) Bei fester Grundtendenz war das Geschäft an der Düsseldorfer Börse lebhafter. Von Kohlenwerten waren besonders große Umsätze in Lothringenaktien zu verzeichnen, die in Posten zu leicht gebesserten Preisen aufgenommen wurden. Adler Kohle und Dahlbusch wurden einige Prozente höher umgesetzt. Für die Kohlenkuxe, insbesondere für Karolus, Graf Schwerin, König Ludwig und Ewald zeigte sich gebesserte Nachfrage. Von Braunkohlenwerten wurden Bruckdorf-Nietleben und Gute Hoffnung einige hundert Mark höher vergeblich gesucht. Für Besta und Michel bestand zu letzten Preisen Nachfrage. Auch Zukunft gefragt. Auf dem Kalikuxenmarkt waren die Kuxe der Burbachgruppe bevorzugt. Burbach und Volkenroda wurden zu gebesserten Preisen aus dem Markt genommen. Auch für die Kuxe des Gumpelkonzerns bestand gebesserte Kauflust. Sonst wurden Hohenfels, Hansa Silberberg und Braunschweig-Lüneburg umgesetzt. Lebhafter wurden zu anziehenden Preisen die elsässischen Werte gehandelt. Einigkeit und Siegfried I wurden zu letzten Preisen umgesetzt. Von Kaliaktien sind besonders Heldburg erwähnenswert, die mit einer Kursaufbesserung von etwa 5 Prozent den Markt verließen. Lebhafter wurden auch die Kaliindustrie um etwa 2 Prozent höher gehandelt. Auch in Wittekind, die um etwa 5 Prozent anziehen konnten, war größeres Geschäft. Für Krügershall wurden etwa 5 Prozent und Niedersachsen etwa 3 Prozent höhere Kurse geboten. Von Industriewerten setzte sich weiterhin für Kabelwerke Rheydt und Uerdinger Waggon Interesse. Sonst standen Allgemeine Hochbau, Dortmunder Bulkan, Hawben, Providentia, Rheinische Metall, Gebrüder Schöndorff und Westfälische Metallindustrie Lippstadt in Nachfrage.

Ausländische Wechselkurse.

tu **Zürich**, 30. Nov. (Tel.) Berlin 123,85; Wien 73,12½; Prag 15.36½; Holland 209,52½; Newyork 5,82¼; London 25,29⅞; Paris 15,56½; Holland 209,52½; Newyork 5,852½; London 25,29⅞; Paris 139,80; Oslo 137,80; Madrid 86,32¼.

tu **Amsterdam**, 30. Nov. (Tel.) London 12,07 8/16; Berlin 50,10; Paris 9,73; Schweiz 47,11; Wien 34,90; Kopenhagen 65,32; Stockholm 63,73; Oslo 65,75; Newyork 2,4741; Brüssel 34,59½; Madrid 41,21; Italien 13,45.

Warenmärkte.

Hamburger Warenmarkt.

tu **Hamburg**, 30. Nov. (Tel.) Kaffee: Brasilien war bis 1 Sh. niedriger. Das Geschäft am Lokomarkt blieb klein, die Preise unverändert. Kakao: Für Lokoware zeigte sich heute etwas mehr Interesse und die Preise konnten sich auf gestriger Basis behaupten. Reis: Bei durchweg veränderten Preisen blieb das Geschäft im allgemeinen ruhig, nur für geringe Bruchreise zeigte sich stärkeres Interesse. Blue rose wurde von draußen höher genannt. Auslandszucker: Der Markt trug auch heute ruhiges Gepräge. Bei kleinem Geschäft verkehrten Tschechische Kristalle Feinkorn mit 14,9—14,10¼, Dezember 14,3¼—14,9¼, Jan.-März 15,0¾—15,2¼. Schmalz: Tendenz ruhig. Amerikanisches notierte 29,5, raffin. 31,25—31,75, Hamburger Schmalz 35 Dollar je 100 Kilo netto. Getreide: Bei eher etwas ruhigerer Tendenz, aber nominell unveränderten Preisen blieb das Geschäft entsprechend gering. Mehle: Tendenz: ruhig. Weizenauszugsmehl hies. Mühlen 42,25—42,5; Bäckermehl hies. Mühlen 36,75—37, 70prozentiges Roggenmehl hies. Mühlen 35,25—36—37,5. Roggenmehl hies. Mühlen 30—30,5; 70prozentiges Roggenmehl inl. Mühlen 32—33. Roggenrohmehl inl. Mühlen 27,5—28,5. Hülsenfrüchte: Ruhiges Geschäft in Viktoriaerbsen. Das Rheinland war stärker als Käufer im Markt. Die übrigen Artikel lagen eher etwas vernachlässigt. Futtermittel: Der Bedarf in Futtermitteln scheint vorläufig gedeckt zu sein. Das Geschäft war bei unveränderten Preisen ruhig. Oele und Fette: Der Markt lag ruhig, die Preise unverändert. Chemikalien: Tendenz ruhig, Preise unverändert. Paraffin und Wachs: Tendenz ruhig bei unveränderten Preisen.

Metallnotierungen.

tu **Hamburg**, 30. Nov. (Tel.) Silber: Brief 81; Geld 80; Zink: Brief 54,5; Geld 54. Terminnotierungen. Kupfer: November Brief —; Geld —; Dezember Brief 122,75; Geld 122,25; Januar Brief 123; Geld 122,5; Februar Geld 123; Brief 122,5; März bezahlt 123—122,75; Brief 123; Geld 122,75; April Brief 123,25; Geld 122,75; Mai Brief 123; Geld 122,75; Juni Brief 123,25; Geld 122,75; Juli Brief 123,25; Geld 122,75; August Brief 123,25; Geld 122,75; September Brief 123,25; Geld 122,75; Oktober Brief 123,25; Geld 123; Tendenz: behauptet. Zinn: November Brief 542; Geld 535; Dezember 540; Geld 534; Januar Brief 539; Geld 534; Februar Brief 538; Geld 533; März Brief 537; Geld 532; April Brief 536; Geld 531; Tendenz: ruhig.

tu **London**, 30. Nov. (Tel.) Schluß. Kupfer-Standard per Kasse 59 7/16—59,5; per 3 Monate 59 11/16—59,75; Elektrolytkupfer 65—65,5; Best Selected 63,75—65; Zinn-Standard per Kasse 265¼—265,25; Blei per Kasse 22; per 3 Monate 22 3/16. Zink per Kasse 26⅝; per 3 Monate 26 5/16; Silber per Kasse 26 15/16; per 3 Monate 26⅝.

Amerikanische Getreidenotierungen

Terminpreise.

Chicago	30. 11.	29. 11.		30. 11.	29. 11.
Weizen Dez.	127¹⁄₈	127⁷⁄₈	Hafer Dez.	49⅝	49¾
„ März	131⅛	131⅜	„ März	52⅛	52
„ Mai	133⅜	133⅝	„ Mai	53⅜	53¼
Mais Dez.	86¼	88⅛	Roggen Dez.	103½	104¹⁄₈
„ März	92	92⅜	„ März	103⅛	103⅞
„ Mai	94⅝	95¼	„ Mai	109¹⁄₈	108⅞

New-York	30. 11.	29. 11.		30. 11.	29. 11.
Weizen Domestic			Weizen Bonded		
Sept.	—	—	Okt.	—	—
Dez.	—	—	Dez.	—	—

Locopreise.

Chicago	30. 11.	29. 11.	New-York	30. 11.	29. 11.
Weizen			Weizen		
Rot. Som.-Wint. Nr. 2	—	134	Manitoba Nr. 1	155⅞	—
Hart. „ „ „	—	129⅜	Rot Som.-Wint. Nr. 2	143⅛	148⅛
Gemischter Nr. 2	119⅛	120	Hart. „ „ „	146⅛	144⅛
Hart. Som.-Wint. Nr. 3	129⅛	—	Mais, neu ant. Ernte	101⅛	102⅞
Mais, gelb Nr. 2	—	91⅛	Roggen, Nr. 2 fob. N. Y.	121⅛	119
Hafer, weiß Nr. 2	52⅛	53⅛	Gerste, Malting	83	88
Roggen, Nr. 2	109	108⅞	Mehl, Spring Weizen clears¹)	660—700	660—700
Gerste, Malting	80—90	80—90			

Frachten:		30. 11.	29. 11.
	Fracht nach England²)	2—3,3	2—2,6
	„ „ Kontinent³)	14—15	14—15

Anmerkung: ¹) Per 196 lbs. ²) In Shilling und Pence per 480 lbs. ³) In Dollarcents per 100 lbs.

Baumwollnotierungen.

tu **Bremen**, 30. Nov. (Tel.) Terminschlußkurse. Dezember 20,66—20,75; Januar 20,77—20,80; März 20,94—20,97; Mai 21,16—21,20; Juli 21,11—21,14; Oktober 20,53—20,60; Tendenz: stetig.

tu **Liverpool**, 30. Nov. (Tel.) Schluß. Dezember 10,40; Januar 10,43; März 10,38; Mai 10,37; Juli 10,31; Oktober 10,03; Tendenz: stetig. Umsätze 7000.

tu **Newyork**, 30. Nov. (Tel.) Eröffnung. Dezember 19,02—19,03; Januar 19,00—19,01; März 19,22—19,23; Mai 19,41—19,44; Juli 19,43—19,45; Oktober 18,98; Tendenz: stetig.

tu **Newyork**, 30. Nov. (Tel.) Zweites. Dezember 19,08; Januar 19,09; März 19,30; Mai 19,50; Juli 19,50; Oktober 19,07; Tendenz: stetig. Zufuhr 45 000.

tu **Newyork**, 30. Nov. (Tel.) Schluß. Dezember 19,11—19,12; Januar 19,10—19,11; März 19,30—19,32. Mai 19,50—19,52; Juli 19,52—19,54; Oktober 19,14; loko 19,50; Tendenz: stetig.

tu **New Orleans**, 30. Nov. (Tel.) Eröffnung. Dezember —; Januar 19,15; März 19,34; Mai 19,52; Juli 19,40; Oktober —; Tendenz: stetig.

tu **New Orleans**, 30. Nov. (Tel.) Zweites. Dezember 19,14; Januar 19,19; März 19,39; Mai 19,56; Juli 19,45; Oktober 18,95; Tendenz: stetig.

tu **New Orleans**, 30. Nov. (Tel.) Schluß. Dezember 19,13; Januar 19,21—19,23; März 19,38—19,43; Mai 19,52—19,58; Juli 19,50; Oktober 18,99—19,00; loko 19,13; Tendenz: stetig.

Viehmärkte.

Cloppenburg i. O., 28. Nov. Zum heutigen Schweinemarkt waren aufgetrieben: 1499 Schweine. Es kosteten 6 Wochen-Ferkel 6—8 Mk., 6—8 Wochen-Ferkel 8—11 Mk., ältere Schweine Pfund 38—43 Pfg. Handel langsam. Überstand. Nächster Vieh- und Schweinemarkt am Montag, den 5. Dezember 1927.

Emden, 29. Nov. Ostfriesischer Zentralviehmarkt. Der Handel gestaltete sich langsam. Hochtragende Kühe 1. Sorte 650—750, 2 Sorte 550—650, 3. Sorte 400—500; hochtragende Rinder 1. Sorte 550—625, 2. Sorte 450—550, 3. Sorte 350—450 Mk.; frischmelke Kühe 500—650, Güte-Rinder 250—350, Zuchtstiere 500—600, Weidestiere 200—300, Läufer 12—25, Ferkel 4—7 Mark. Einzelne Tiere aller Gattungen über Notiz. — Der nächste Zucht- und Nutzviehmarkt findet am Dienstag, den 6. Dezember 1927 statt.

Dinslaken, 30. Nov. Zum Zuchtviehmarkt am 29. d. Mts. waren insgesamt 610 Stück Rindvieh aufgetrieben. Die Preise stellten sich wie folgt: A. Kühe: 1. Sorte 600—725, eine ne höher, 2. Sorte 450—550, 3. orte 325—400, 4. Sorte 225—300 Mk.; B. Tragende Rinder: 1. Sorte 375—475 Mk., einzelne höher; 2. Sorte 275—350, 3. Sorte 200—275, 4. Sorte 100—200 Mk. C. Stiere: von 100—325 Mk. Geschäft: schleppend, Überstand. — Der Schweinemarkt am 28. d. Mts. war mit 446 Stück beschickt. Auftrieb: Ferkel 380 Läufer 66. Es wurden gezahlt für das Stück in Goldmark: Ferkel bis 6 Wochen alt 6—9, 6—8 Wochen alt 9—15 Mk., 8—13 Wochen alt 15—22 Mk. Läufer: 3—4 Monate alt 22—30, 4—5 Monate alt 30—42, über 5 Monate alt 42—55 Mk. Der nächste Zuchtviehmarkt findet am Freitag, den 13. Dez., der nächste Schweinemarkt am Montag, den 12. Dezember d. Js. statt.

Vermischtes.

* w **Urteil im Meineidsprozeß Ellen Holtz.** Berlin, 30. Nov. (Tel.) In dem Prozeß gegen die Hauptmannswitwe Ellen Holtz, die wegen Verleitung zum Meineide vor dem Großen Schöffengericht angeklagt war, wurde die Angeklagte wegen Anstiftung zum Meineide zu einen Jahre Zuchthaus verurteilt.

* ✠ **Noch ein tödlicher Diphtheriefall in Neuenhagen.** Berlin, Nov. Von den an Diphtherie erkrankten Kindern der Berlin-Neuenhagener Volksschule ist jetzt auch die kleine Ilse Kranz die am 22 November mit ihrer gleichfalls erkrankten Mutter Aufnahme in der Charité gefunden hatte, der Krankheit erlegen.

* **Der Grönland-Film Rasmussens verbrannt.** Kopenhagen, 28. Nov. Der von Dr. Knud Rasmussen aus Grönland mitgebrachte Grönland-Film ist bei einer Vorführung auf Fejö total verbrannt. Die Vorführung fand vor mehreren hundert Schulkindern statt. Im Saal entstand eine Panik. Der Verlust des Films bedeutet einen gewaltigen Schaden, da in Dänemark keine Kopie des außerordentlich lehrreichen und interessanten Films existiert. Der Film besaß einen Wert von 10 000 Kronen. Er war nicht versichert.

Aus dem Reiche des Rundfunk.

Rundfunkprogramm der westdeutschen Sender.

Donnerstag 1. Dezember. 13.05: Dortmund: Konzert der Kapelle Teglio, Mitw.: Prof. Fischer-Berlin (Vln.). ● 14.30: Köln: Wie bleibe ich gesund? ● 16.30: Köln: Kinder-Märchenstunde ● 17.30: Köln: Univ.-Prof. Dr. Spoerer: Gutes Deutsch! ● 18: Köln: Kammermusik. Lemacher: Von der Düne. Streichtrio d-moll. — Beethoven: Streichtrio. — Scherrer: Altfranz. Tänze. ● 19.15: Köln: Prof. Dr. Salomon vom Osteuropa-Seminar der Univ. Hamburg: Kulturpolitik im heutigen Rußland ● 20: Köln: Deutscher Volkston und Balladen. Leit.: O. Pf. Brandt. Rez.: Mitw.: Cläre Hansen Sopran; Helene Guermanowa Alt). Heinz Holme Bariton; Dodia Feldin Cello. Orch. des Westd. Rundfunks. Einf. Vortrag: Brandt. — Krieger: Orch.: Partita A-Dur. — Gesang: Aennchen von Tharau: Innsbruck, ich muß dich lassen. — Rezitat.: Die Nibelungen: Der König in Thule; Heidenröslein; Der Wirtin Töchterlein; Bidder Lüna. — Gesang: Heimlicher Liebe; Dein Lindenbaum; Schwesterlein. — Rezitat.: Herr Olof; Fliegt Blatt; Die traurige Krönung; Das zerbrochene Ringlein: Das Mädchen vom Fischer un inner Kru; Niederländ. Dorftanz. — Weßler: Orch.: Schäferlang aus der Suite „Wie es Euch gefällt". — Gesang: Ich ging einmal spazieren: Der Kuckuck auf dem Birnbaum sah; Horch, was kommt von draußen rein; Der eine allein. — Rezitat.: Abseits; Traum: Vom Scheiden; Der Arbeitsmann; Lied der Kohlenhäuer: Abendlied. — Schumann: Orch.: Abendlied. Rundfunk-Sinfonieorchester. Dazu: Nachtmusik.

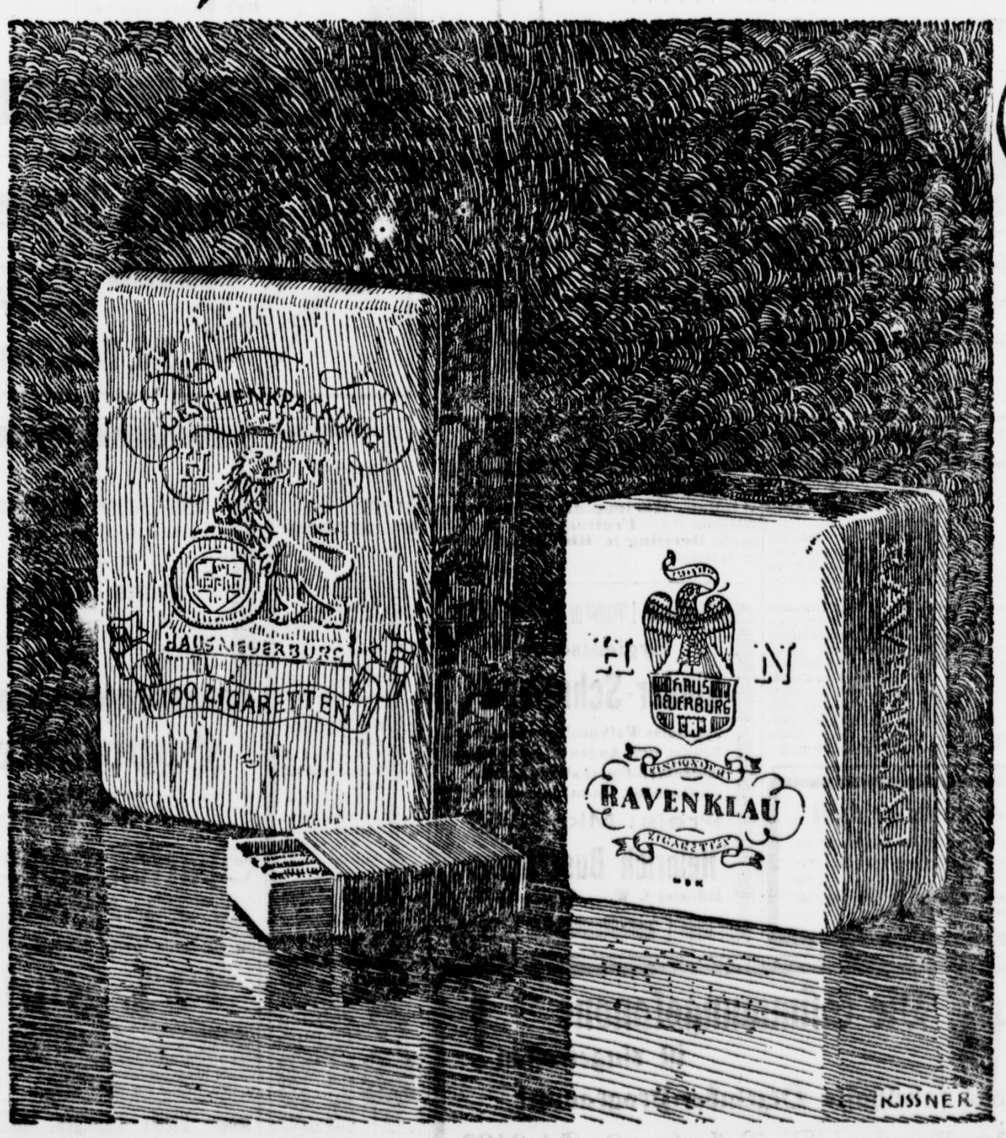
Vereine und Veranstaltungen.

Münster, 1. Dezember.

Kreuzbund. Sonntag, den 4. Dezember, abends 6 Uhr, findet im kleinen Saale des Kettelerheims, Schillerstraße 46, für alle Ortsgruppen eine Nikolausfeier statt, wozu Kinder herzlichst willkommen sind.

Vortragsreihe für Sozialbeamte in der Westfälischen Verwaltungsakademie. Im Rahmen der dritten Vortragsreihe für Sozialbeamte und -beamtinnen wird am Dienstag, den 6. Dezember, beginnend um 16 (4) Uhr Herr Strafanstaltspfarrer Lohoff-Hamm über „Gefangenenfürsorge" sprechen. Der Vortrag findet im Hörsaal 1 des Instituts für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Münster, Johannisstraße 9, statt und ist allen Interessierten frei zugänglich.

Unsere WEIHNACHTS-PACKUNGEN



Sollen dem Geber die Freude machen, etwas Schönes zu schenken, dem Empfänger aber soll die Ausstattung andeuten, welchen Genuss der Inhalt ihm bietet. Die festliche Aufmachung bedeutet für Sie keine Mehrausgabe, sie wird Ihnen sicherlich gefallen, und Sie werden gern anderen eine Freude damit machen.

Die Packungen enthalten:

1. 100 Ravenklau ..... Mk. 6.–
2. 50 Löwenbrück .....
   25 Güldenring mit Mundstück ....
   25 Güldenring ohne Mundstück ....
   = 100 Zigaretten ..... Mk. 9.–

HAUS NEUERBURG
O. H. G.

Schauburg
Münster i. W.
Am Servatiiplatz

10000
Besucher in 6 Tagen
urteilen
einstimmig:
Ein herrliches Programm!

1. **Rivalen**
2. **Es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht**
3. **Eine tolle Löwengroteske**
4. **Ufa-Wochenschau**
5. **Das Seeparadies Amerikas** f5502r

Heute letzter Tag

Geschäfts-Eröffnung

Hiermit die gefl. Mitteilung, das wir am heutigen Tage
Hamburgerstraße 27
ein

Lebensmittel- und Feinkost-Geschäft

eröffnen. Jeder Kunde erhält am Eröffnungstage je nach Einkauf eine Zugabe. *t

Gebr. Meyer.



Natürlich nur von **Jansen**

f9699) e

Haben Sie schon den neuesten
Sprechapparat „Finking"
gehört? Die gewaltige Erfindung, die den Ton frei im Ulton ohne Phonographenton, ohne Gehäuseton, ohne Tonverfärbung ausklingen läßt. **Finking, Brunswick, Elektri Grammophon, Resonaphon,** sowie die vollkommensten Schallplatten werden Ihnen unverbindlich vorgeführt im

Pianohaus
F. Hülsmann
Laer Bez. Münster *8220g

Pianos nur erste Marken, neu u. gebraucht — Preisliste frei. —

Lernt englisch
französisch, spanisch
in den bekannten Sprachschulen:
The International Schools of Languages Berlitz Method.
Filiale:
Münster: Tibusstr. 4
Anmeldungen tägl. 11-1 u. 4-9 Uhr.
*t

Journal-Lesezirkel
10 Zeitschr. schon von Mk 1.00 monatl. an
Bücher-Leihbibliothek
über 6000 Bde. Laufend Neu Aufnahmen
Prospekte bitte ich zu verlangen
Buchhandlung Aug. Greve
Drubbel 5 6 f5371xr

Warum mehr bezahlen
Sie kaufen Ihre Weihnachtsgeschenke mit
20 Prozent Rabatt
bei
Bruns nur Ludgeristraße 85 1. Etage
und finden in großer Auswahl
Dekorationen, Stores, Tisch- und Divandecken,
Möbel und Dekorationsstoffe
Teppiche
Fuß-, Hallen- u. Diele nmatten
Cocos-, Haar- u. Wolläufer
Als Gelegenheitskauf, nur solange Vorrat
Polstermöbel, Garnituren und Einzel-Sessel
jedem annehmbaren Preise.
Eigene Verarbeitung f5522)g

Nur 3 Tage!
Donnerstag, Freitag und Samstag!
Ein Posten
Krawatten
Serie I Stck. Mk. 1,50
Serie II Stck. Mk. 2,50
Serie III Stck. Mk. 3,50
A. Merlin,
Ludgeristraße 72.
Das Haus der guten Qualitäten. t154a

Anfertigung u. Lager
von
Sofas, Chaiselongues, Matr. u. Dekorationen.
Spezialität:
Anfertigung von Klubmöbeln in feinster Ausführung t2787x
Hubert Merten,
Polsterer u. Dekorateur
Stubengasse 21.
Tel 2870.

Verloren & Gefunden

Grün-weiß-schwarzer Wein- u. Sektzipfel verloren. Geg. Belohnung abzugeben bei
Rosenberg,
Windthorststr. 8, 2. Et.

Alle Jahre wieder



Wir erfüllen viele Wünsche, wenn wir auch in diesem Jahre unsere große Weihnachts-Messe durchführen. Ueberzeugen Sie sich von unserer Preiswürdigkeit, lesen Sie unsere untenstehenden Angebote, beachten Sie unsere weihnachtlich ausgestatteten Fenster und Verkaufsräume. Unser Haus hat seine ganze Leistungsfähigkeit eingesetzt, um Ihnen den Einkauf guter Ware leicht zu machen.

Für wenig Geld praktische Geschenke, die Freude machen



Schwarze Damen-Spange mod. Form, Flügelkappe m. Louis XV. Abs. 5.90, Blockabsatz **5.50**
Lack Damen-Spange mit Seitendurchbruch, 7.90, Blockabs., schlichte, glatte Form **6.90**
Echt Boxcalf Damen-Spange schwarz, bequemer, Blockabsatz, elegante Form **7.90**
schwarze Wildleder-Spangen u. Zugschuhe Blockabsatz, hübsches Modell **7.90**
Gesellschaftsschuhe Silber- u. Goldbrokat-Spangen, elegant u. vornehm, 12.50 **9.75**
Lack Steg-Spange Louis XV. Absatz, elegantes Modell, rassige Form **11.50**
Spangenschuh mit Kreppsohle, der Straßenschuh für den Winter, braun 16.50, 14.50 . . . . . schwarz **12.50**
Lack 3 Oesenschuh sehr mod. Louis XV. Absatz vorneh. Gebrauchsschuh, auch m. schwarz Wildleder-Einsatz **14.50**
Herrenstiefel schwarz Rindbox und Derby, solider Straßenschuh . . . **7.90**
Schwarzer Halbschuh breite und schlanke, elegante Form **8.50**
Lack-Herrenhalbschuh spitze und schlanke Form, eleg. Ausführung . 12.50, 11.90 **11.50**
Herren-Halbschuh schwarz, schlanke Form und mit Lackkappe . 14.50, 13.50 **12.50**
Herren-Halbschuh hochmoderne Form mit Lack-Garnitur, apartes Modell . **12.50**
Halbschuhe mit Kreppsohlen unverwüstlich im Tragen, mit u. ohne Flügelkappe, braun 16.50, 15.50 schwarz **14.50**

Wetterfeste Jagd- und Sportstiefel, Schneeschuhe mit Pelzbesatz. Gummischuhe, Promenadengamaschen, Pelzschuhe, wetterfeste Schulstiefel in großer Auswahl und bester Qualität.

Warme Hausschuhe

Stoff-Niedertreter m. Pompon, verschiedene Farben . . . . . 75 ₰
Damen-Niedertret. Kamelhaar bedruckt mit Leders. 1.45, m. Bordels. 95 ₰
Kamelhaarstoff-Niedertret. Filz- und Ledersohle verdeckte Naht 1.95
Damen-Morgenschuh entzückende Farben, mit Ledersohle 2.10
Kamelhaarstoff-Kragenschuh warm und mollig, leichtes Fabrikat 2.40
Damen-Laschenschuh Kamelhaarst., Ledereinfass. 2.95
Damen-Stepp-Pantoffel leicht u. warm, Ledersohle 2.95
Eleganter Morgenschuh verschiedene Farben, mit Pelzbesatz 4.75, mit Verz. 3.25
Kamelhaarstoff Niedertreter Ledereinfassung, bequem und warm 3.75

Während der Weihnachtsmesse für unsere kleine Kundschaft reizende Geschenke

Das Haus der großen Auswahl — **GEBR. Enk SCHUHWAREN** — Das Haus der billigen Preise

---



Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse wurde heute früh 7¼ Uhr von schwerem, in großer Geduld getragenem Leiden mein über alles geliebter Mann, unser lieber guter Bruder, Schwager und Onkel

Dr. Paul Genkel

Direktor der Provinzial Lebensversicherungsanstalt von Westfalen

im 49. Lebensjahre durch den Tod erlöst.

Im Namen der trauernden Angehörigen:
Anni Genkel geb. **Koop**

Münster i. W., den 30. Nov. 1927.

Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittags 3½ Uhr vom Trauerhause Warendorferstraße 8 aus statt.
Trauerandacht ¼ Stunde vorher.
Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.
*w

Nachruf!

Der Direktor der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt von Westfalen

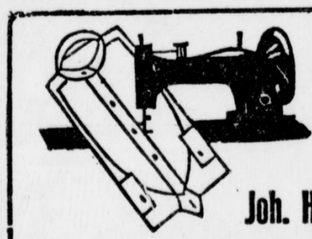
Herr Dr. Paul Genkel

ist am 30. November in der Frühe nach längerem Leiden verstorben. Er wurde im Alter von 48 Jahren mitten aus rastloser Arbeit abgerufen. Dr. Genkel war ein hervorragender Fachmann und Organisator auf dem Gebiet der Lebensversicherung und als solcher allgemein anerkannt. Dem Beamtenkörper unserer Anstalt gehörte er seit 1. April 1917 an, seit 1. März 1921 war er geschäftsführender Direktor. Mit nie ermüdendem Eifer hat er sich dem Aufbau der Anstalt gewidmet. Ihre glänzende Entwickelung ist sein eigenes Werk. Wegen seines vornehmen Charakters und seiner steten Hilfsbereitschaft war er bei der Beamtenschaft und in den weitesten Kreisen beliebt und verehrt.

Die Provinzial-Lebensversicherungsanstalt von Westfalen wird ihm ein dauerndes ehrendes Andenken bewahren.

Münster, den 30. November 1927.

Für den Verwaltungsrat der Provinzial Lebensversicherungs-Anstalt von Westfalen
Der Vorsitzende:
Dr. h. c. Dieckmann,
Landeshauptmann.



Oberhemden
durch eigene Fabrikation besonders vorteilhafte Preise
Joh. Heinr. Jansen
6405x

Theater der Stadt Münster
Wochenspielplan vom 1 Dez bis 3 Dez

Tag	Uhr	Vorstellung	Pr.	Miete
Do	19.45	Don Juan (Oper)	4	C 11
Fr	15.00	Im Zauberreich des Flutiprab Weihnachtsmärchen	1	
	19.45	Der Patriot (Schauspiel)	3	
Sa	19.45	Gräfin Mariza (Operette)	4	

Riesen letzte Winterabend-Tanzstunde t164)y
weitere gefl. Meld. Neubrückenstr. 3 I Etg. erbeten

Ca. 14 Ruten
großes Grundstück
an der Rothenburg mit aufst. Gebäude,
sehr preiswert zu verkaufen.
Erich u. Felix Kallen
Dortmund
Rosenthal 191/2.
Fernru. 676 *n

Sattler-, Polsterer- u. Dekorateur-Innung Münster
Einladung
zu der am **Donnerstag, den 15. Dezember, nachmittags 4 Uhr,** im Gasthof **Schäfermeyer,** Clemensstraße, stattfindenden
außerordentl. Innungsversammlung
Tages-Ordnung:
Beschlußfassung über die auf Grund des Arbeitsgerichtsgesetzes erforderlichen Statutenänderungen der §§ 2, 3, 35, 37 und 38 sowie über die Änderungen der §§ 10, 11, 12, 13, 15 und 22 der Innungsstatuten.
Sollte in der genannten Innungsversammlung, die nach § 55 des Innungsstatuts erforderliche Zahl von ¾ der stimmberechtigten Mitglieder nicht erschienen sein, so laden wir hiermit gleichzeitig zu einer am gleichen Tage und in der gleichen Wirtschaft um 4½ Uhr mit derselben Tagesordnung stattfindenden außerordentlichen Innungsversammlung ein, in der die Abstimmung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder erfolgt. i646w
Der Vorstand: J. A. **Josef Arends,** Obermeister

Lebensmittelgeschäft
an verkehrsreicher Straße gelegen, krankheitshalber sofort gegen bar zu verkaufen. *w
Offerten unter **C D 178** an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Wienert für Verrenkungen
ist **Montags** von 10—1 Uhr Gasthaus **Wiedau, Marienplatz** in **Münster** Telephon 486. **Freitags** von 2—3 Uhr Gasth. **Bertling in Rheine** Münsterstr. zu sprechen. f821xy

---

Hygienisches
Kinder-Schreibpult
Ersehntes Weihnachtsgeschenk. Schont die Augen u. verhütet schlechte Körperhaltung, erzieht zur Ordnung. Leicht transportabel.
Preis: Mk. 32.50
Heinrich Buschmann
Münster i. W. Drubbel 17/18

Ein guter Münsterländer
trinkt das bitter mit Flasche nur 2,70, ½ Lt 1,50, ¼ Lt. —,80
Jubiläums-Weinbr.-Versch. ½ 2,75, ¼ 1,50
Dujardin-Verschnitt ½ 3,50, ¼ 1,90
Reiner Weinbr. ½ 3,75, ½ 2,—
Dujardin Weinbrand ½ 4,—, ¼ 2,25
Rum Verschnitt 40% ½ 3,50, ¼ 2,—
Jam. Rum-Verschn. Vanille ½ 4,75, ¼ 2,75.
Alle Preise mit Flasche.
Schwanen-Drogerie Fernspr. Meyhofen Nchf. Rothenburg 39 40
i5495i



Moderne Gelenk-Puppen
Schlafaugen, Wimpern, feinst in Seide gekleidet.
50 cm . . 5.50
55 cm . . 7.00
66 cm . . 9.50
78 cm . . 16.00
franko Nachnahme. Liste frei. Direkt von Fabrik
Adolf Zinner Schalkau (Thür.)

---

†
Das Jahres-Seelenamt
für unsern lieben verstorbenen Sohn,
den Schüler *y
Hans Büscher
findet statt am Samstag, den 3. Dez., morgens 8 Uhr in der St. Mauritz-Pfarrkirche, wozu Verwandte und Bekannte freundlichst eingeladen werden.

Hypotheken

erststellig, 3 zu 6000 Mk., fällig Ende 28, 29 und 30, eine zu 5000 Mk., fällig Ende 31, mit nachweisbarer t204q

Sparkassensicherheit

ganz oder geteilt zu **verkaufen.** Die Zinsen betragen 7½%, werden aber vom Verkäufer einem wohlhabenden Mann in geordneten Verhältnissen, der zugleich für Kapital und Zinsen bürgt, auf

12% Zinsen

erhöht in der Weise, daß die bis zur Rückzahlung des Kapitals zu zahlenden 4½% Mehrzinsen an der Kaufsumme abgezogen werden. Schuldner ist reich. Objekt bietet dreifache Sicherheit. Anfragen unter U 4091 besorgt der Westf. Merkur.

Kleine Anzeigen, wie Wohnungen, Stellungen, An- und Verkäufe, sowie sonstige Gelegenheits-Anzeigen finden durch den **„Münsterischen Anzeiger"** weiteste und zweckmäßigste Verbreitung.

Grete Fluß Die Stimmungskanone ist eingetroffen!
Kurzes Gastspiel! Ferner das **fabelhafte Dezember-Programm!**
Steiner-Künstlerspiele Münster i. W., Rothenburg 9, Tel. 2197